

Stadt Mülheim an der Ruhr
Amt 26-ImmobilienService
Herr Evangelos Dimitriadis
Hans-Böckler-Platz 5
45468 Mülheim an der Ruhr

Ihr(e) Zeichen: / Ihr Schreiben vom:
Mülheim an der Ruhr, Boverstr. 150
Gemarkung Mülheim
Flur 14
Flurstück 958

Neubau eines Schulgebäudes in Holzbauweise

Baugenehmigung

Auf Ihren Antrag vom 19.06.2019 wird Ihnen, unbeschadet privater Rechte Dritter, gemäß § 74 BauO NRW in der heute gültigen Fassung die Genehmigung erteilt, das vorgenannte Vorhaben entsprechend den beigefügten und als zugehörig gekennzeichneten Bauvorlagen auszuführen.

Bitte beachten Sie den angehängten Gebührenbescheid.

Die hier nachfolgend aufgeführten, bzw. in den Anlagen enthaltenen **Auflagen (A)** und **Bedingungen (B)** sind Bestandteile dieser Genehmigung. Die **Hinweise (H)** sind bei der Ausführung zu beachten.

1. Mit den Bauarbeiten darf erst nach Ausräumen des Kampfmittelverdachts begonnen werden. Der Bauaufsicht ist **vor Baubeginn eine Freimeldung der Kampfmittelbeseitigung** vorzulegen. **(A)**
2. Spätestens bei Baubeginn ist der Bauaufsicht gem. § 4 (1) Nr. 2 und 3 BauO NRW ein Nachweis über die erteilte **Entwässerungsgenehmigung** vorzulegen. Ohne diesen Nachweis darf mit dem Bauvorhaben nicht begonnen werden. **(A)**
3. Der Bauherr/die Bauherrin darf nicht gegen die im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) geregelten Verbote zum Artenschutz verstoßen, die unter anderem für alle europäisch geschützte Arten gelten (z.B. für alle einheimischen Vogelarten, alle Fledermausarten, Kammmolch, Kleiner Wasserfrosch, Laubfrosch, Kreuzkröte, Zauneidechse). Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es unter anderem verboten, Tiere dieser Arten zu verletzen oder zu töten, sie erheblich zu stören oder ihre Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu beschädigen oder zu zerstören. Bei Zuwiderhandlungen drohen die Bußgeld- und Strafvorschriften der §§ 69 ff BNatSchG. Die zuständige untere Landschaftsbehörde kann unter Umständen eine Befreiung nach § 67 Abs. 2 BNatSchG gewähren, sofern eine unzumutbare Belastung vorliegt. **(H)**

Amt für Stadtplanung, Bauaufsicht und Stadtentwicklung

Gebäude: **Technisches Rathaus**
Eingang: **Hans-Böckler-Platz 5**
Auskunft: **Herr Gerull**
Zimmer: **18.01**
Telefon: **0208/455 6316**
Telefax: **0208/455 58 6316**

Online:
Daniel.Gerull@muelheim-ruhr.de
<http://www.muelheim-ruhr.de>

Sprechzeiten:

Mo. - Fr. 08:30 - 12:30 Uhr

oder nach Vereinbarung

Öffentliche Verkehrsmittel:

Bahn: alle Linien / Innenstadt

Bus: alle Linien / Innenstadt

Stufenloser Zugang:

Haupteingang

26. AUG. 2019

Datum:

Aktenzeichen:

01185-19-11

bei Antwort bitte angeben

→ IST ÜBER AMT 70 HR. NADERMANN
BEANTRAGT.

4. Bei Ihrem Grundstück handelt es sich um ein Grundstück, auf welchem der Bergbau um-
gangen ist. Grubenfeldeigentümer/in ist die E.ON oder RAG. Es wird Ihnen dringend
empfohlen eine Grubenbild-Einsichtnahme zu beantragen. Das amtliche Grubenbild be-
findet sich bei der Bezirksregierung Arnsberg, Abteilung 6 „Bergbau und Energie in
NRW“, Goebenstraße 25/27, 44135 Dortmund. (H)
5. Die Standsicherheit der zu errichtenden baulichen Anlage im Sinne des § 12 BauO NRW
2018 ist nur dann gewährleistet, wenn der Bauherr Baugrunderkundungsmaßnahmen
durchführt und falls erforderlich entsprechende Vorsorge trifft. (H) → IST ERFOLGT
BÜRO AQUA-TECHNIK
6. Das **Brandschutzkonzept** der staatl. anerkannten Sachverständigen Dipl.-Ing. Anke
Löbbert vom 07.06.2019 unter der Projektbezeichnung 1466 und die dort beschriebenen
technischen und betrieblichen Ausführungen mache ich zum Bestandteil der Baugeneh-
migung und sind bei der Umsetzung zu beachten. (A)
7. Änderungen und Ergänzungen des Brandschutzkonzeptes nach Erteilung der Baugeneh-
migung bedürfen einer zusätzlichen Baugenehmigung. (H) BÜRO LÖBBERT
8. **Mit der Anzeige des Baubeginns** ist der Bauaufsicht für die **Fachbauleitung Brand-
schutz** gem. § 56 (2) BauO NRW eine oder ein Sachverständige/r für Brandschutz zu
benennen, die oder der mit der Überwachung der Bauausführung beauftragt ist. (§ 50
(1) Nr. 21 BauO NRW). (A) BÜRO LÖBBERT
9. **Mit der Anzeige der abschließenden Fertigstellung** ist der Bauaufsicht eine Bestäti-
gung/Konformitätserklärung der/des Sachverständigen für **Brandschutz** vorzulegen,
dass das Vorhaben wie im Brandschutzkonzept beschrieben, mängelfrei umgesetzt ist.
(§ 50 (1) Satz 1 und § 50 (1) Satz 3 Nr. 20 und 21 i. V. m. § 84 Abs. 7 und 8 BauO
NRW). (A) BÜRO LÖBBERT
10. **Vor Baubeginn** ist der Name der Bauleiterin oder des Bauleiters nach § 53 (1) Satz 5
BauO NRW mitzuteilen. § 68 (1) u. (2) BauO NRW in der derzeit gültigen Fassung ist zu
beachten. (A) BAULEITER/ARCHITEKT
11. **Spätestens mit der Anzeige des Baubeginns** ist der Bauaufsicht gem. § 68 (1) BauO
NRW zusammen mit dem in Bezug genommenen bautechnischen Nachweis eine Be-
scheinigung einer oder eines staatlich anerkannten Sachverständigen nach § 87 (2) Satz
1 Nr. 4 einzureichen, dass der **Standsicherheitsnachweis** geprüft wurde. Gleichzeitig
ist der Bauaufsichtsbehörde durch die oder den staatlich anerkannte(n) Sachverständi-
ge(n) eine Erklärung vorzulegen, wonach sie oder er gemäß § 68 (1) Satz 2 zur stich-
probenhaften Kontrolle der Bauausführung beauftragt wurde. Vorher darf mit dem Bau-
vorhaben nicht begonnen werden. (A) PRÜFSTATIKER
12. Mit der Anzeige der **abschließenden Fertigstellung** ist der Bauaufsicht gemäß § 84
(2) BauO NRW i. V. m. § 84 (4) BauO NRW eine **Bescheinigung** über die **stichpro-
benhaften Kontrollen der Standsicherheit** während der Bauausführung durch die
oder den staatl. anerkannte(n) Sachverständige(n) für Standsicherheit nach § 12 (2)
SV-VO einzureichen. (A) PRÜFSTATIKER
13. Spätestens mit der Anzeige des Baubeginns sind der Bauaufsicht gem. § 68 (1) BauO
NRW zusammen mit den in Bezug genommenen bautechnischen Nachweisen **Beschei-
nigungen** einer oder eines staatlich anerkannten Sachverständigen nach § 87 (2) Satz
1 Nr. 4 einzureichen, dass der **Standsicherheitsnachweis geprüft** und die **Nachwei-
se** über den **Schallschutz und den Wärmeschutz aufgestellt oder geprüft** wurden.
Gleichzeitig sind der Bauaufsichtsbehörde schriftliche Erklärungen der staatlich aner-
kannten Sachverständigen vorzulegen, wonach sie gemäß § 68 (1) Satz 2 zur stichpro-
benhaften Kontrolle der Bauausführung beauftragt wurden. Vorher darf mit dem Bauvor-
haben nicht begonnen werden. (A) PRÜFSTATIKER

14. Mit der Anzeige der **abschließenden Fertigstellung** ist der Bauaufsicht gemäß § 84 (2) BauO NRW i. V. m. § 84 (4) BauO NRW eine **Bescheinigung** über die **stichprobenhaften Kontrollen der Standsicherheit** während der Bauausführung durch die oder den staatl. anerkannte(n) Sachverständige(n) für Standsicherheit nach § 12 (2) SV-VO einzureichen. (A) *PRÜFSTATIKER*
15. Mit der Anzeige der **abschließenden Fertigstellung** ist der Bauaufsicht gemäß § 84 (2) BauO NRW i. V. m. § 84 (4) BauO NRW eine **Bescheinigung** über die **stichprobenhaften Kontrollen des Wärmeschutzes** während der Bauausführung durch die oder den staatl. anerkannte(n) Sachverständige(n) für Wärmeschutz nach § 23 (2) SV-VO einzureichen. (A) *PRÜFSTATIKER*
16. Mit der Anzeige der **abschließenden Fertigstellung** ist der Bauaufsicht gemäß § 84 (2) BauO NRW i. V. m. § 84 (4) BauO NRW eine **Bescheinigung** über die **stichprobenhaften Kontrollen des Schallschutzes** während der Bauausführung durch die oder den staatl. anerkannte(n) Sachverständige(n) für Schallschutz nach § 23 (2) SV-VO einzureichen. (A) *SV - SCHALLSCHUTZ*
17. Mit **abschließender Fertigstellung** ist der Bauaufsicht eine Fachunternehmerbescheinigung über die Installation der **Blitzschutzanlage** vorzulegen. (A)
18. Folgende Berichte über die **Prüfung vor der ersten Inbetriebnahme** und nach wesentlichen Änderungen von technischen Anlagen und Einrichtungen, sind der Bauaufsicht durch die/den Bauherrin/Bauherrn oder die/den Betreiberin/Betreiber von einem beauftragten staatlich anerkannten Sachverständigen vorzulegen (gem. § 2 (2) Nr. 5 PrüfVO NRW):
- Sicherheitsstromversorgungsanlagen
 - Brandmelde- und Alarmierungsanlagen
 - elektrische Anlagen
- SV - BMA
SV - ELEKTRO
SV - SICHERHEITSTROMVERS.*
- (A)
19. Der § 49 (2) BauO NRW 2018 – **Barrierefreiheit** in öffentlich zugänglichen baulichen Anlagen - und die Vorschriften der DIN 18040, sind bei der Bauausführung zu beachten. (A) *IST BERÜCKSICHTIGT*
20. **Folgende Auflagen der Behindertenkoordination** (entsprechend der amtsinternen Stellungnahme vom 02.07.2019) sind bei der Bauausführung zu beachten. (A)
- 20.1. Türen und Durchgänge - Die unter Punkt 4.3 der DIN vermerkten Details zu Fluren, Anforderungen an Türkonstruktionen, Orientierungshilfen an Türen und die Umsetzung des „Zwei-Sinne-Prinzips“ müssen umgesetzt werden. Die Auffindbarkeit von Türen wird erreicht durch visuell kontrastierende Gestaltung z.B. helle Wand/dunkle Zarge. Glastüren oder großflächig verglaste Türen müssen gut erkennbar durch Sicherheitsmarkierungen sein. Siehe dazu die Ausführungen der DIN 18040-1 unter Punkt 4.3.3.5 und die DIN 32975 zu den Kontrasten. DIN 18040-1 Punkt 4.3 weist weiterhin darauf hin, dass das Öffnen und Schließen von Türen mit geringem Kraftaufwand möglich sein muss (Bedienkräfte der Klasse 3 nach DIN EN 12217). (A)
- 20.2. Treppen - Bei den Treppen ist der Punkt 4.3.6 der DIN zu beachten, besonders die Hinweise zu Handläufen und Orientierungshilfen. Das heißt „... beidseitig von Treppenläufen ... müssen Handläufe einen sicheren Halt ... bieten“ und „... die Handlaufenden am Anfang und Ende der Treppenläufe müssen noch mind. 30 cm waagerecht weiter geführt werden.“ (s. Punkt 4.3.6.3) Treppenstufen müssen kontrastreich gekennzeichnet werden nach Punkt 5.4.4 der DIN Teil 3. "Bei bis zu drei Einzelstufen ... muss jede Stufe mit einer Markierung versehen werden."

„Stufenmarkierung aus durchgehenden Streifen die folgende Eigenschaften aufweisen

- auf Trittstufen beginnen sie an den Vorderkanten und sind 4 cm bis 5 cm breit;
- auf Setzstufen beginnen sie an der Oberkante und sind mindestens 1 cm, vorzugsweise 2 cm breit;
- sie heben sich visuell kontrastierend sowohl gegenüber Tritt- und Setzstufe, als auch gegenüber den jeweils unten anschließenden Podesten ab.“

Vor abführenden Treppen, auch auf Zwischenpodesten, muss ein Auffangstreifen mit Noppenplatten über die gesamte Treppenbreite nach der DIN 32984 „Bodenindikatoren“ ausgeführt werden. **(A)**

- 20.3. Rampe - Diese muss nach den Vorgaben der DIN Punkt 4.3.8 ausgeführt werden. Besonders beachtet werden müssen die Vorgaben zu Handläufen, Podesten und Radabweisern. **(A)**
- 20.4. Orientieren/Informieren - In Punkt 4.4.4 der DIN steht, dass „beim Zugang zu ... z.B. WC-Anlagen“ **taktil erfassbare Beschriftungen/Piktogramme** angebracht werden. Das heißt jeweils auf der Türe zu den Vorräumen Damen/Herren WC muss in ca. 160 cm Höhe ein taktil ertastbares Piktogramm „Mann/Frau mit Rock“, genauso wie auf der Türe **zur behindertengerechten Toilette ein Piktogramm „Rollstuhlfahrer“** aufgebracht werden muss. Anmerkung zu Taktilen Piktogrammen nach der E DIN 32986: Die Erhabenheit der graphischen Symbole zum Untergrund sollte mindestens 1,2 mm betragen.
- 20.5. Sanitärräume - Türen von Sanitärräumen müssen von außen entriegelt werden können. **(A)**
- 20.6. **Behindertengerechte Toilette** - Bei der Ausstattung des Raumes muss folgendes umgesetzt werden: Das WC-Becken muss beidseitig anfahrbar sein, so dass auf beiden Seiten eine lichte Breite von mind. 90 cm erforderlich ist. Von der Beckenvorderkante bis zu rückwärtigen Wand muss eine Bewegungsfläche mit einer Tiefe von mind. 70 cm und zusätzlich einer Bewegungsfläche von 150 X 150 cm direkt vor dem WC-Becken vorgehalten werden. Die Bewegungsflächen müssen freigehalten werden und es darf nichts hineinragen. Die Höhe des WC-Beckens einschließlich Sitz muss zwischen 46 und 48 cm liegen. **Eine Rückenstütze - nicht der WC-Deckel! - muss angebracht werden, 55 cm hinter der Vorderkante des WC-Beckens.** Des Weiteren muss ein arretierbarer Sitz angebracht werden, damit sich dieser beim Umsetzen nicht verschiebt und es sollte auf den Deckel des WCs verzichtet werden. Außerdem ist auf das richtige Anbringen von stabilen Stützklappgriffen zu achten. Spiegel: „Über dem Waschtisch ist ein mindestens 100 cm hoher Spiegel anzuordnen, der die Einsicht sowohl aus der Sitz- als auch der Stehposition ermöglicht.“ (DIN 18040-1, Punkt 5.3.4). Auf keinen Fall sollte ein „Wandspiegel klappbar“ verwendet werden. Er ist nicht geeignet. Des Weiteren sollte die Möglichkeit bestehen, die WC Türe von außen zu öffnen, ein unterfahrbares Waschbecken, und eine Gestaltung vorgenommen werden, die visuell kontrastierend ist. Bei den Kontrasten bitte den Punkt 4.4.2 beachten. Beispielfhaft an dieser Stelle seien Lichtschalter, Türgriffe, die kontrastreiche Absetzung von Zarge und Türblatt genannt. Sollten Kleiderhaken angebracht werden, müssen diese kontrastreiche und stabil sein und in einer Höhe von 85 cm und in Stehhöhe angebracht werden. Auf Grund der vielfachen Behinderungsarten und Hilfsmittel ist die Ausstattung um ein zusätzliches, stabiles Klappregal oder -tisch (z. B. einen Wickeltisch) zu erweitern, um z. B. einen Katheter Beutel, Intimvorlagen oder ähnliches ablegen zu können. Die Bewegungsflächen dürfen davon nicht beeinträchtigt werden. Außerdem muss vor der Türe zum Behindertengerechten WC eine Bewegungsfläche von 150 cm X 150 cm bemessen sein. Siehe Punkt 4.3.3.4 der DIN. Hier muss nachgebessert werden. Eine Notrufanlage (Punkt 5.3.7) muss vorhanden sein, die vom WC-Becken sitzend und vom Boden liegend ausgelöst

werden kann. Durch ein Anbringen der Notrufschnur an der Decke wird dies am ehesten erreicht. **(A)**

21. Folgende **Hinweise der Unteren Bodenschutzbehörde** sind Bestandteil dieser Baugenehmigung und sind bei der Bauausführung zu beachten. **(A)**

21.1. Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Altlast oder schädlichen Bodenveränderung auf dem Grundstück sind unverzüglich der Unteren Bodenschutzbehörde (UBB) mitzuteilen (Mitteilungspflichten gem. § 2 Abs. 1 LBodSchG). Solche Anhaltspunkte sind z. B. geruchlich oder dem Augenschein nach auffällige Böden, angeschüttete bzw. nicht natürliche Böden (z. B. Bauschutt, Schlacke, Asche, Müll usw.) und gewerbliche/ industrielle Vornutzungen, bei denen mit umweltgefährdenden Stoffen umgegangen wurde. **(H)**

21.2. Bei Anhaltspunkten für das Vorliegen einer Altlast oder schädlichen Bodenveränderung werden weitere Maßnahmen erforderlich. Dies können z. B. die Begleitung des Bauvorhabens durch einen Sachverständigen im Sinne des § 17 LBodSchG („Altlastengutachter“), Untersuchungen zur Gefährdungsabschätzung etc. sein. Einzelheiten hierzu werden durch die UBB festgelegt. **(H)**

21.3. Das Auf- und Einbringen von Materialien auf oder in den Boden nach § 12 BBodSchV in einer Gesamtmenge von über 800 m³ ist mindestens 4 Wochen vor Beginn der Maßnahme bei der UBB schriftlich anzuzeigen. In der Anzeige sind mindestens Angaben zur Lage der betroffenen Fläche, zu Art und Zweck der Maßnahme sowie zu Herkunft, Menge und Art des Materials erforderlich. Die Anzeigepflicht erstreckt sich auch auf den Auftraggeber/ Bauherren (Anzeigepflicht gemäß § 2 Abs. 2 LBodSchG). **(H)**

22. Folgende **Hinweise der Berufsfeuerwehr Mülheim an der Ruhr** (entsprechend der amtsinternen Stellungnahme vom 12.08.2019) sind bei der Bauausführung zu beachten. **(A)**

22.1. Die an diesem Schulstandort bestehende Brandmeldeanlage soll auf das hier beschriebene Gebäude erweitert werden. Diese Erweiterung ist unter Berücksichtigung der DIN/VDE 0833 Teil 2 und der DIN 14675 zu erstellen. Der weitere Verlauf des Planungsprozesses der Brandmeldeanlage ist zu einem möglichst frühen Zeitpunkt mit dem zuständigen Mitarbeiter der Feuerwehr (Herr Lehrke Tel. 0208 – 4553733) abzustimmen.

22.2. Die Feuerwehrpläne nach DIN 14095 sowie gemäß den Gestaltungsrichtlinien der Berufsfeuerwehr Mülheim an der Ruhr sind entsprechend anzupassen und in vierfacher Ausfertigung der Feuerwehr zur Verfügung zu stellen. Die Gestaltungsrichtlinien können bei der Berufsfeuerwehr angefordert oder von der Homepage der Stadt Mülheim an der Ruhr heruntergeladen werden. Für weiterführende Informationen hinsichtlich der Erstellung von Feuerwehrplänen stehen Ihnen die Mitarbeiter des Sachgebiets Einsatzplanung der Berufsfeuerwehr Mülheim an der Ruhr gerne zur Verfügung.

23. Das genehmigte Gebäude fällt unter die PrüfVO NRW (Prüfverordnung) und wird zukünftig von der Bauaufsicht regelmäßig überprüft werden (Wiederkehrende Prüfung). Die technischen Anlagen und Einrichtungen sind regelmäßig durch Prüfsachverständige gem. der PrüfVO überprüfen zu lassen. **(H)**

24. Die Bauherrin oder der Bauherr und die späteren Eigentümerinnen und Eigentümer haben die Baugenehmigung einschließlich der Bauvorlagen sowie bautechnische Nachweise und Bescheinigungen von Sachverständigen gemäß § 74 (5) BauO NRW aufzubewahren. Diese Unterlagen sind an etwaige Rechtsnachfolger weiterzugeben. **(H)**

25. Die Bauherrin oder der Bauherr hat den Ausführungsbeginn genehmigungsbedürftiger Vorhaben nach § 60 (1) und die Wiederaufnahme der Bauarbeiten nach einer Unterbrechung von mehr als drei Monaten mindestens eine Woche vorher der Bauaufsichtsbehörde schriftlich mitzuteilen. (A)

Abweichungsbescheid

Für das Bauvorhaben Neubau eines Schulgebäudes in Holzbauweise, Mülheim an der Ruhr, Boverstr. 150 wird eine Abweichung von den nachstehenden Vorschriften gemäß § 69 Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen – Landesbauordnung (BauO NRW) - zugelassen:

- 1.0 Abweichung von § 36 (3) BauO NRW
- 2.0 Abweichung von Abschnitt 8 SchulBauR

Art der Abweichung:

- 1.1 Der notwendige Flur (37,5 m Länge) wird nicht in Rauchabschnitte unterteilt.
- 2.1 Der notwendige Flur erhält keine Sicherheitsbeleuchtung

Begründung:

- 1.2 Da jeder Klassenraum über einen direkten Ausgang ins Freie verfügt und der notwendige Flur zwei direkte Ausgänge ins Freie besitzt, bestehen aus brandschutztechnischer Sicht keine Bedenken auf die Rauchschutztür zu verzichten.
- 2.2 Da jeder Klassenraum über einen direkten Ausgang ins Freie verfügt und der notwendige Flur zwei direkte Ausgänge ins Freie besitzt, bestehen aus brandschutztechnischer Sicht keine Bedenken auf die Sicherheitsbeleuchtung zu verzichten. Es handelt sich hier um ein eingeschossiges Schulgebäude, welches in der Regel nur zu den üblichen Schulzeiten (in der Regel Tagsüber) genutzt wird.

Gebührenbescheid

Nach dem Gebührengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (GebG NRW) in Verbindung mit den Tarifstellen zur Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (AVerwGebO NRW) in der jeweils gültigen Fassung ist eine Gebühr i.H. von

5.012,00 € zu entrichten.

Die genaue Ermittlung der Gebühr entnehmen Sie bitte der anliegenden **Gebührenberechnung**. Ich bitte Sie, die Gebühr **innerhalb von 14 Tagen** nach Empfang dieses Bescheides an die Stadtkasse Mülheim an der Ruhr zu überweisen.

KASSENZEICHEN (bei Zahlung bitte angeben):

Bankverbindungen der Stadtkasse:

Commerzbank (BLZ 362 400 45) Kto.-Nr. 76 151 8000 IBAN-Nr.: DE42 3624 0045 0761 5180 00 BIC: COBADEFF362	Deutsche Bank (BLZ 362 700 48) Kto.-Nr. 152259800 IBAN-Nr.: DE27 3627 0048 0152 2598 00 BIC: DEUTDEDE362
Postbank Essen (BLZ 360 100 43) Kto.-Nr. 13 57 436 IBAN-Nr.: DE82 3601 0043 0001 3574 36 BIC: PBNKDEFF	Sparkasse Mülheim an der Ruhr (BLZ 362 500 00) Kto.-Nr. 300 000 100 IBAN-Nr.: DE78 3625 0000 0300 0001 00 BIC: SPMHDE3EXXX

Bei Zahlung ist die Angabe von **Kassenzeichen** und **Verwendungszweck** unbedingt er-

forderlich. Sollten Sie den Fälligkeitstermin nicht einhalten, bin ich leider gezwungen, die Beitreibung des Betrages im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens kostenpflichtig zu veranlassen. Außerdem müssen bei verspäteter Zahlung Säumniszuschläge erhoben werden.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Bescheide kann nunmehr jeweils innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden. Die Klage ist bei dem Verwaltungsgericht in Düsseldorf, Bastionstraße 39, 40213 Düsseldorf schriftlich einzureichen oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erklären.

Die Klage kann auch in elektronischer Form eingereicht werden. Das elektronische Dokument muss mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen sein und an die elektronische Poststelle des Gerichts übermittelt werden.

Hinweise zum Rechtsbehelf:

Die Klage ist gegen die Stadt Mülheim an der Ruhr zu richten. Falls die Klage schriftlich erhoben wird, so empfiehlt es sich, ihr zwei Abschriften beizufügen. Falls die Klagefrist durch Ihr Verschulden oder durch das Verschulden eines von Ihnen Bevollmächtigten versäumt werden sollte, haben Sie die Rechtsfolgen zu tragen, die sich aus dem Fristversäumnis ergeben. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass durch die Einlegung des Rechtsbehelfs die Verpflichtung zur Zahlung des veranlagten Betrages nicht aufgeschoben wird. Bei der Verwendung der elektronischen Form sind besondere technische Rahmenbedingungen zu beachten. Die besonderen technischen Voraussetzungen sind unter www.egvp.de aufgeführt.

Im Auftrag
Gez.

Booß

Begl.

Gerull

Hinweis:

Unsere Datenschutzhinweise finden Sie unter folgendem Link:
https://www.muelheim-ruhr.de/cms/da_stadtplanung.html

Anlagen

- 1 Lageplan
- 1 Baubeschreibung
- 1 Betriebsbeschreibung
- 1 Bauzeichnungen
- 1 Brandschutzkonzept inkl. 2 Pläne
- 2 Seiten Allgemeine Hinweise zur Baugenehmigung

- 1 Baustellenschild
- 1 Baubeginnanzeige
- 1 Rohbaufertigstellungsanzeige
- 1 Fertigstellungsanzeige

Auskunft erteilt: Herr Gerull

Gebührenberechnung

20.08.2019

**Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung (AVerwGebO NRW) vom 3. Juli 2001
(GV. NRW. S. 262) in der zurzeit geltenden Fassung**

2.1.2	Berechnung des Rohbauwertes für Schulen umbauter Raum (nach DIN 277-1:2016-01) 2.414,79 m³ Berechnung: 150 * 2414,79 Rohbauwert 150,00 €/m³ Rohbausumme, errechnet 362.218,50 € Rohbausumme, errechnet 362.218,50 €	
2.4.1.3	Entscheidung über die Erteilung der Baugenehmigung für die Errichtung und Erweiterung von Gebäuden im Sinne von § 65 der Landesbauordnung 2018 (13 Tausendstel der Rohbausumme; jedoch mindestens 50,00 €) Rohbausumme 362.218,50 € auf volle 500 € aufgerundet 362.500,00 € 13 Tausendstel der Rohbausumme, mind. 50 € 4.712,50 € Gebühr	4.712,50 €
2.5.3.1	Entscheidung über die Erteilung von Befreiungen nach § 31 Absatz 2 oder § 34 Absatz 2 des Baugesetzbuches in der Fassung der Be- kanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), Abwei- chungen sowie Ausnahmen und Befreiungen nach § 69 der Landes- bauordnung 2018 (je Tatbestand 50,00 bis 500,00 €) Abweichung von § 36 (3) BauO NRW 2018 Gebühr: je Tatbestand: 50,00 - 500,00 € 150,00 € Anzahl der Tatbestände 1 Gebühr	150,00 €
2.5.3.1	Entscheidung über die Erteilung von Befreiungen nach § 31 Absatz 2 oder § 34 Absatz 2 des Baugesetzbuches in der Fassung der Be- kanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), Abwei- chungen sowie Ausnahmen und Befreiungen nach § 69 der Landes- bauordnung 2018 (je Tatbestand 50,00 bis 500,00 €) Abweichung von Abschnitt 8 der Schul- BauR Gebühr: je Tatbestand: 50,00 - 500,00 € 150,00 € Anzahl der Tatbestände 1 Gebühr	150,00 €
	Gebührensomme ungerundet	5.012,50 €
	Gebührensomme gerundet	5.012,00 €
	und Auslagen	5.012,00 €

Allgemeine Hinweise zur Baugenehmigung

Die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) und ihre Verordnungen schreiben u.a. vor:

Die Baugenehmigung erlischt, wenn innerhalb von drei Jahren nach Erteilung der Genehmigung mit der Ausführung des Bauvorhabens nicht begonnen wird oder die Bauausführung ein Jahr unterbrochen wird. (§ 75 (1) BauO NRW) Die Verlängerung der **Geltungsdauer** der Baugenehmigung ist auf schriftlichen Antrag bei Vorliegen der Voraussetzungen jeweils bis zu einem Jahr möglich. (§ 75 (2) BauO NRW)

Eine Kopie der Baugenehmigung einschließlich der zugehörigen Bauvorlagen muss an der **Baustelle** von Baubeginn an vorliegen; diese können auch durch eine elektronische Form ersetzt werden. (§ 74 (8) BauO NRW)

Bei der Ausführung genehmigungsbedürftiger Bauvorhaben hat die Bauherrin oder der Bauherr an der Baustelle ein Schild, das die Bezeichnung des Bauvorhabens sowie die Namen und Anschriften der entwurfsverfassenden Person, der Bauleitung und der Unternehmer für den Rohbau enthalten muss, dauerhaft und von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichtbar anzubringen. Als **Baustellenschild** kann auch der mit der Baugenehmigung ausgehändigte Vordruck benutzt werden. (§ 11 (3) BauO NRW).

Bei der Errichtung, Änderung, Nutzungsänderung und der Beseitigung von Anlagen ist die Bauherrin oder der Bauherr und im Rahmen ihres Wirkungskreises die anderen am Bau Beteiligten (§§ 54 bis 56 BauO NRW) dafür verantwortlich, dass die öffentlich-rechtlichen Vorschriften eingehalten werden.

Gemäß § 74 (9) BauO NRW hat die Bauherrin oder der Bauherr den **Ausführungsbeginn** genehmigungsbedürftiger Vorhaben nach § 60 (1) BauO NRW und die Wiederaufnahme der Bauarbeiten nach einer Unterbrechung von mehr als drei Monaten mindestens eine Woche vorher der Bauaufsichtsbehörde schriftlich mitzuteilen (Baubeginnanzeige).

Bäume, Hecken und sonstige Bepflanzungen, die aufgrund anderer Rechtsvorschriften zu erhalten sind, müssen während der Bauausführung geschützt werden. (§ 11 (4) BauO NRW)

Zur **Fortführung des Liegenschaftskatasters** sind Sie nach § 14 Abs. 2 des Vermessungs- und Katastergesetzes NW v. 30.05.90 (GV. 1990, S. 363) verpflichtet, die neu errichteten oder in ihrem Grundriss veränderten Gebäude nach deren abschließender Fertigstellung auf ihre Kosten von einem Vermessungsingenieur oder durch das Katasteramt der Stadt Mülheim an der Ruhr einmessen zu lassen.

Soll das Vorhaben **abweichend von der Genehmigung** oder den genehmigten Unterlagen ausgeführt werden, muss zunächst eine Genehmigung unter Vorlage aller erforderlichen Unterlagen (Zeichnungen usw.) zu der Änderung eingeholt werden (§ 60 (1) BauO NRW). Ungenehmigte Abweichungen bei der Ausführung können mit einer Geldbuße bis zu **fünfhunderttausend Euro** geahndet werden. (§ 86 (3) BauO NRW) Außerdem setzt der Bauherr sich der Gefahr aus, dass wegen der ungenehmigten Abweichungen die Stilllegung der gesamten Bauarbeiten angeordnet wird.

Die **Fertigstellung des Rohbaus** sowie die **abschließende Fertigstellung** des Bauvorhabens sind der Bauaufsichtsbehörde vom Bauherrn / der Bauherrin jeweils **eine Woche** durch das der Genehmigung beigefügte Formblatt vorher anzuzeigen, um der Behörde eine Besichtigung des Bauzustandes zu ermöglichen (§ 84 (2) BauO NRW):

- a) Der Rohbau ist fertiggestellt, wenn die tragenden Teile, Schornsteine, Brandwände und die Dachkonstruktionen vollendet sind. Zur Besichtigung des Rohbaus sind die Bauteile, die für die Standsicherheit und, soweit möglich, die Bauteile, die für den Brand- und Schallschutz wesentlich sind, derart offen zu halten, dass Maß und Ausführungsart geprüft werden können.
- b) Die abschließende Fertigstellung umfasst auch die Fertigstellung der Wasserversorgungsanlagen und Abwasseranlagen **sowie die dauerhaft befestigte und sicher begehbare Zuwegung zu dem Gebäude.**

Das Vorhaben darf erst genutzt werden, wenn es ordnungsgemäß fertiggestellt, sicher benutzbar und durch die Bauaufsichtsbehörde die **Besichtigung der abschließenden Fertigstellung** durchgeführt worden ist.

Die **haustechnischen Anlagen**, wie z. B. Heizungsanlagen oder Abwasseranlagen sind nicht Gegenstand dieser Baugenehmigung, sondern sind gemäß § 62 BauO NRW genehmigungsfreie Anlagen. Dieses gilt auch, wenn sie zusammen mit dem Gebäude errichtet oder geändert werden. Der Bauherr oder die Bauherrin muss sich jedoch vor Benutzung der Anlage vom Unternehmer oder Sachverständigen bescheinigen lassen, dass die Anlage den öffentlich-rechtlichen Vorschriften entspricht.

Auf die **Pflicht zur Anbringung von Rauchwarnmeldern** gemäß § 47 (3) BauO NRW wird hingewiesen.

Räume, in denen Rückstau auftreten kann, müssen nach den technischen Bestimmungen für den Bau von **Grundstücksentwässerungsanlagen** gemäß DIN 1986 gegen Rückstau abgesichert sein. Insbesondere sind Bodeneinläufe, Ausgüsse usw., die tiefer als Oberkante Straße an der Anschlussstelle der Grundstücksentwässerung liegen, gegen Rückstau zu sichern. Für Schäden, die durch Rückstau aus dem Abwassernetz entstehen, haftet die Stadt nicht.

Die **nicht überbauten Flächen** des Grundstückes sind wasseraufnahmefähig zu belassen oder herzustellen, zu begrünen und so zu unterhalten, soweit diese Flächen nicht für eine andere zulässige Verwendung benötigt werden. (§ 8 (1) BauO NRW)

Soweit erforderlich, ist die Baustelle mit einem **Bauzaun** abzugrenzen, mit Schutzvorrichtungen gegen herabfallende Gegenstände zu versehen und zu beleuchten (§ 11 (1) BauO NRW). Sofern für die Aufstellung eines Bauzaunes, einer Baubude, eines Baugerüsts, von Baumaschinen oder für die Lagerung von Baustoffen Straßenflächen in Anspruch genommen werden sollen, hat der Grundstückseigentümer bzw. Bauherr für diese **Sondernutzung** rechtzeitig eine Erlaubnis gemäß § 18 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) beim Ordnungsamt der Stadt Mülheim an der Ruhr zu beantragen. Vor dessen Erteilung darf die Straße nicht in Anspruch genommen werden.

Vor dem Beginn der genehmigten Bauarbeiten ist die **Kampfmittelfreiheit** des betroffenen Grundstücks festzustellen. Ansprechpartner ist das städtische Ordnungsamt, Abt. 32-11, Am Rathaus 1, 45468 Mülheim an der Ruhr. Mit den Bauarbeiten darf erst begonnen werden, wenn der Kampfmittelverdacht ausgeräumt wurde.

Damit Sie ihr Gebäude gegen Einbruch besser absichern können, bietet das **Kommissariat Vorbeugung** der **Polizei** eine sicherheitstechnische Beratung an. Sie erreichen die Damen und Herren in der Wertgasse 2, 45468 Mülheim an der Ruhr, oder unter der Tel. Nr. 0208 / 388-1070.

Bitte in Klarsichthülle an der Baustelle anbringen

Baustellenschild

Bauvorhaben

Baugenehmigung Nummer:

01185-19-11

Genaue Bezeichnung des Vorhabens

Neubau eines Schulgebäudes in Holzbauweise

Bauort (Straße, Hausnummer, Ortsteil)

Mülheim an der Ruhr, Boverstr. 150

Gemarkung, Flur, Flurstück

Mülheim, 14, 958

Entwurfsverfasserin/ Entwurfsverfasser

Name, Vorname

Bodenstein, Julia

Anschrift

Hans-Böckler-Platz 5
45468 Mülheim an der Ruhr

Telefon

0208-4552306

Bauleiterin/ Bauleiter

(Von der Bauherrin/dem
Bauherrn auszufüllen)

Name, Vorname

Anschrift

Telefon

Unternehmerin/ Unternehmer für den Rohbau

(Von der Bauherrin/dem
Bauherrn auszufüllen)

Firma

Anschrift

Telefon

Für die Richtigkeit der Angaben:

Bauherrin/Bauherr

Telefon

Anschrift



Bauschein erteilt am

(Untere Bauaufsichtsbehörde)

26. AUG. 2019

Bei der Ausführung genehmigungsbedürftiger Bauvorhaben hat die Bauherrin oder der Bauherr an der Baustelle ein Schild, das die Bezeichnung des Bauvorhabens sowie die Namen und Anschriften der entwurfsverfassenden Person, der Bauleitung und der Unternehmer für den Rohbau enthalten muss, dauerhaft und von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichtbar anzubringen. Dieses Schild erfüllt die gesetzlichen Mindestanforderungen.

**Reichen Sie bitte diese Anzeige eine Woche vor
dem betreffenden Termin der Bauaufsichtsbehörde ein
(§ 74 (9) BauO NRW)**

Aktenzeichen **01185-19-11**

Datum:

Empfänger

An das
Amt für Stadtplanung, Bauaufsicht und Stadtentwicklung
z.Hd. Herr Anton
Hans-Böckler-Platz 5

45468 Mülheim an der Ruhr

Vorhaben **Neubau eines Schulgebäudes in Holzbauweise**

Grundstück **Mülheim an der Ruhr, Boverstr. 150**

Gemarkung **Mülheim**
Flur **14**
Flurstück **958**

Mitteilung Baubeginn

Mit der Ausführung des Bauvorhabens wird begonnen am:

Als **Bauleiterin/Bauleiter** wird benannt:

Name:

Adresse:

Telefon/E-Mail:

Nachweis über den **Schallschutz** von einem staatlich anerkannten
Sachverständigen aufgestellt oder geprüft.

☐

Erklärung der/des staatlich anerkannten Sachverständigen für **Schallschutz**
über die Beauftragung der stichprobenhaften Kontrolle der Bauausführung.

☐

Nachweis über den **Wärmeschutz** von einem staatlich anerkannten
Sachverständigen aufgestellt oder geprüft.

☐

Erklärung der/des staatlich anerkannten Sachverständigen für **Wärmeschutz**
über die Beauftragung der stichprobenhaften Kontrolle der Bauausführung.

☐

Nachweis über die **Standicherheit** von einem staatlich anerkannten Sachverständigen geprüft.

☐

Erklärung der/des staatlich anerkannten Sachverständigen für **Standicherheit** über die Beauftragung der stichprobenhaften Kontrolle der Bauausführung.

☐

Die oder der Sachverständige/r für **Brandschutz**, die/der stichprobenhafte Kontrollen der Bauausführung durchführt:

Name/Anschrift/Tel.:

.....

.....

Freimeldung der Kampfmittelbeseitigung

☐

Nachweis der Entwässerungsgenehmigung der medl GmbH

☐

Absender

Stadt Mülheim an der Ruhr
Amt 26-ImmobilienService
Herr Evangelos Dimitriadis
Hans-Böckler-Platz 5
45468 Mülheim an der Ruhr

Mülheim an der Ruhr, den

Unterschrift:.....

**Reichen Sie bitte diese Anzeige eine Woche vor
dem betreffenden Termin der Bauaufsichtsbehörde ein
(§ 84 (2) BauO NRW)**

Aktenzeichen **01185-19-11**

Datum

Empfänger

An das
Amt für Stadtplanung, Bauaufsicht und Stadtentwicklung
z.Hd. Herr Anton
Hans-Böckler-Platz 5

45468 Mülheim an der Ruhr

Vorhaben **Neubau eines Schulgebäudes in Holzbauweise**

Grundstück **Mülheim an der Ruhr, Boverstr. 150**

Gemarkung **Mülheim**
Flur **14**
Flurstück **958**

Anzeige über die Rohbaufertigstellung

Hiermit zeige ich gem. § 82 Abs. 1 BauO NRW die abschließende Fertigstellung des Roh-
baus bis zum an.

Absender

Stadt Mülheim an der Ruhr
Amt 26-ImmobilienService
Herr Evangelos Dimitriadis
Hans-Böckler-Platz 5
45468 Mülheim an der Ruhr

Mülheim an der Ruhr, den

Unterschrift:.....

**Reichen Sie bitte diese Anzeige eine Woche vor
dem betreffenden Termin dem Bauordnungsamt ein
(§ 82 Bauordnung NRW)**

Aktenzeichen **01185-19-11**

Datum

Empfänger

An das
Amt für Stadtplanung, Bauaufsicht und Stadtentwicklung
z.Hd. Herr Anton
Hans-Böckler-Platz 5

45468 Mülheim an der Ruhr

Vorhaben **Neubau eines Schulgebäudes in Holzbauweise**

Grundstück **Mülheim an der Ruhr, Boverstr. 150**

Gemarkung **Mülheim**
Flur **14**
Flurstück **958**

Anzeige über die abschließende Fertigstellung

Hiermit zeige ich gem. § 82 Abs. 1 BauO NRW die abschließende Fertigstellung der
Baumaßnahme bis zum an.

Bescheinigung von einem staatlich anerkannten Sachverständigen für
Standicherheit über die ordnungsgemäße Ausführung.

☐

Bescheinigung von einem staatlich anerkannten Sachverständigen für
Schallschutz über die ordnungsgemäße Ausführung.

☐

Bescheinigung von einem staatlich anerkannten Sachverständigen für
Wärmeschutz über die ordnungsgemäße Ausführung.

☐

Bescheinigung von einem staatlich anerkannten Sachverständigen für
Brandschutz über die mangelfreie Umsetzung des Brandschutzkonzeptes.

☐

Fachunternehmerbescheinigung über die Installation und Ordnungs-
gemäße Ausführung der **Blitzschutzanlage**

☐

Bescheinigung von einem Prüfsachverständigen über die Wirksamkeit und Betriebssicherheit der **Sicherheitsstromversorgungsanlage** (PrüfVO NRW)

☐

Bescheinigung von einem Prüfsachverständigen über die Wirksamkeit und Betriebssicherheit der **Brandmelde- und Alarmierungsanlage** (PrüfVO NRW)

☐

Bescheinigung von einem Prüfsachverständigen über die Wirksamkeit und Betriebssicherheit der **elektrische Anlagen** (PrüfVO NRW)

☐

Absender

Stadt Mülheim an der Ruhr
Amt 26-ImmobilienService
Herr Evangelos Dimitriadis
Hans-Böckler-Platz 5
45468 Mülheim an der Ruhr

Mülheim an der Ruhr, den

Unterschrift:.....

Die Koordinaten beruhen auf dem Lagebezugssystem ETRS 89/ UTM.
Bei einer Vermessung mit Daten anderer Netzgrundlagen entstehen u.U.
real nicht existierende Abweichungen.
Diesbezüglich wird keine Haftung übernommen.
Amtlicher Höhenbezug: DHHN2016 HST170
Es kann keine Gewähr dafür übernommen werden, dass das dargestellte
Baugelände frei von unterirdischen Leitungen und Bauwerken ist.
Sofern der Plan nicht innerhalb eines Jahres nach Fertigstellung
verwendet wird, ist eine Überprüfung insbesondere der Höhenangaben
erforderlich.

Abstandsflächenberechnung (§6 BauO NRW):

T1 (102,42 - 97,50) x 0,4 = 1,97 → 3,00m
T2 (101,46 - 97,50) x 0,4 = 1,58 → 3,00m
T3 (102,42 - 101,46) / 3 + (101,46 - 97,50) x 0,4 = 1,71 → 3,00m

Berechnet: Bell
(Bell)

Gustav-Heinemann-Gesamtschule

Schule

958

Kleingartenanlage

86

Stadt Mülheim an der Ruhr
Grdb.bl.: 3084-5614

107

Brennemann, Elke Heide, geb. Franz
Grdb.bl.: 3084-2227

109

Steinhoff, Eckhart
Steinhoff, Helga, geb. Südbrack
Grdb.bl.: 3084-186

ZEICHENERKLÄRUNG

Allgemein:

Kreisgrenze (Stadtgrenze)		Kartierungsnachweis für Grenzpunkt		Fernsprechanlagen	
Gemarkungsgrenze		Geländehöhe		Laterne/ Ampel	
Flurgrenze		Böschung		Brunnen	
Flurstücksgrenze		Mauer		Denkmal	
Gebäudeumrisslinie		Zaun		Umformer	
Nutzungsgrenze		Hecke		Schallkasten	
Bordsteinkante/ Fahrbahnrand		Treppe		Mast	
Gehweg		Rampe		Schacht (Zweck unbek.)	
Rasenkanstein		Absperzung/ Poller		Kabelschacht	
Topografische Linie		Hinweis-/ Verkehrsschild		Hydrant oberirdisch	
Gleise		Haltestelle/ U-Bahn		Hydrant unterirdisch	
Stützmauer		Baum (vorhanden)		Straßsenkasten/ Gully	
Oberirdische Leitung Starkstrom		Pflanzkübel/ Beet		Wasser-/ Gasschieber	
				Fernwärme	

Baurecht:

Baugebiet gemäß BauVVO vom 21. Nov. 2017	WS	Öffentliche Verkehrsfläche (vorh.)		offene Bauweise	
Kleinsiedlungsgebiete	WR	Öffentl. Verkehrsfläche (gepl. bzw. festges.)		geschlossene Bauweise	
reine Wohngebiete	WA	Fläche für Sportanlagen		Nur Einzel- und Doppelhäuser zugelassen	
allgemeines Wohngebiete	WB	Fläche zur Anpflanzung		Nur Hausgruppen zugelassen	
besondere Wohngebiete	MD	Stellplätze		Zahl der Vollgeschosse:	
Dorfgebiete	MI	Garagen		Höchstgrenze z.B.	
Mischgebiete	MU	Bezirksportanlage		zwingend z.B.	
urbane Gebiete	MK	empfohlener Baumstandort		Grundflächenzahl	
Kerngebiete	GE	Unterirdische Gasleitung		Geschossflächenzahl	
Gewerbegebiete	SO	Straßenbegrenzungslinie		Baummassenzahl	
Industriegebiete	GLH	Baulinie		GRZ/ GFZ z.B.	
Sondergebiet	HGH	Baugrenze		GRZ/ BMZ z.B.	
Grenze der Verbandsgemeinschaft	OKFF	Abgrenzung untersch. Nutzung		Lärmschutzwand	
Geltungsbereich des Bebauungsplans		Schallschutz		Schallschutzmaßnahme	
		Lärmpegelbereiche nach DIN 4109			

Planung:

Bauliche Anlage vorhanden		Geländehöhe	GLH	Kanalhöhen:	
Bauliche Anlage geplant		Hauptgesimshöhe	HGH	Revisionschacht vorh./ gepl.	
Baul. Anl. geplante Beseitigung		Oberkante (fertig) Fußboden	OKFF	Satteldach	
Baul. Anl. aufgeständert		Firsthöhe	FH	Walmdach	
Baul. Anl. überdacht, offen		Hauseingang		Zeitdach	
Abstandsfläche gemäß §6 BauO NRW		Ein-/ Ausfahrt		Pultdach	
f = notwendige Tiefe		Grenze des Baugrundstückes		Flachdach	
Baulast		Abwasserkanal Schmutzwasserleitung		Dach von 5° - 28° Neigung	
graphisch ermitteltes Maß z.B. <10,20>		Abwasserkanal Regenwasser		Dach von 29° - 45° Neigung	
rechnerisch ermitteltes Maß z.B. (10,20)		Abwasserkanal Mischwasser		Dach von über 45° Neigung	
Geländehöhen gemessen z.B. 10,20		vorhandene Schmutzwasserleitung		Garage mit Flachdach wird nicht besonders gekennzeichnet	
geplant z.B. 10,20		vorhandene Regenwasserleitung			
		geplante Schmutzwasserleitung			
		geplante Regenwasserleitung			
		geplante Mischwasserleitung			

Im übrigen gelten die entsprechenden Zeichenvorschriften für Katasterkarten und Vermessungsgeräte sowie die PlanZV des BauGB.

Bauliche Anlage	Nutzung	Bauart der Außenwände	Bedachung	Höhenanschluß:
				NivP Nr.: 4507967925
				Lage: Boverstr. 150 - Schule-
				Höhe: 95,842 m ü. NHN
				NivP Nr.: 4507967611
				Lage: Klippe 38
				Höhe: 97,722 m ü. NHN

STADT MÜLHEIM AN DER RUHR
Amt für Geodatenmanagement, Vermessung, Kataster und Wohnbauförderung

Amtlicher Lageplan Maßstab 1 : 250

Baugenehmigungsbehörde: Stadt Mülheim an der Ruhr

Bauvorhaben: Erweiterung der Gustav-Heinemann-Gesamtschule Boverstr. 150

Bauherr/-in: Stadt Mülheim an der Ruhr Immobilien Service

Gemeinde: Mülheim an der Ruhr

*** Vermessungsdienst *** Az.: 62-24-19/056 ***

Orientierung 1 : 5000

Flurstück	Fläche ha a m²	Grundbuch Blatt	Eigentümer	Baulasten
958	5 15 88	3084-5614*	Stadt Mülheim an der Ruhr	-
	5 15 88		Der / Die Oberbürgermeister/in	
			Baufaufsichtlich geprüft! Zum Vor-/Bescheid	
			/ Befreiungsbescheid vom 26. AUG. 2019	
			Az. 1185-18-11	

*) Lasten und Beschränkungen im Grundbuch vorhanden (Leitungsrecht zu Gunsten der MED), eingesehen am 29.06.2019 durch Frau Nina Bell.

Art und Maß der baulichen Nutzung		(Berechnung nach §3 Abs.5 BauPrüfVO auf Bslblatt)	
Bauleitplanung:	Grundflächenzahl Geschossflächenzahl Baumassenzahl	bauliche Nutzung (m² m²)	
Fläche der Flurstücke (Gesamt)		zulässig	beansprucht
+ Zuschlag nach §21a Abs. 2 (BauVVO)			
- Fläche vor der Straßenbegrenzungslinie			
- Teilflächen die nicht im Bauland liegen (§19 Abs. 3 (BauVVO))			
+/- Baulastflächen			
Fläche des Baugrundstückes			
Grundfläche ohne (§ 19 4.1 BauVVO)			
Grundfläche mit (§ 19 4.1 BauVVO)			
Geschossfläche			

Den Inhalt des Lageplanes habe ich zur Kenntnis genommen.

Mit dem Bauvorhaben bin ich einverstanden.

Ich bestätige die Übereinstimmung von Projekteintrag und Planung/ Bauzeichnung.

den 04.07.2019

Bauherr:

Architekt:



Stempel: Stadt Mülheim an der Ruhr

Mülheim an der Ruhr, den 03.07.2019

Der Oberbürgermeister

Wilhelm (Stadtvermessungsamtsrätin)

Bauantrag / Antrag auf Vorbescheid vom Im einfachen Baugenehmigungsverfahren sind Angaben zu den gekennzeichneten Ziffern 7 bis 9 nicht erforderlich.		Baubeschreibung	
Bauherrschaft Stadt Mülheim an der Ruhr, Amt 26 - ImmobilienService Hans-Böckler-Platz 5 45468 Mülheim an der Ruhr			
Grundstück (Ort, Straße, Haus-Nr.) 45473 Mülheim an der Ruhr, Boverstr. 150			
1	Bezeichnung des Vorhabens <input type="checkbox"/> Betriebsbeschreibung ist beigelegt	Errichtung eines Schulgebäudes in Holzbauweise	
2	Art der Nutzung <input type="checkbox"/> Betriebsbeschreibung ist beigelegt	Schulgebäude	
3	Angaben zum Grundstück geschützter Baumbestand	<input checked="" type="checkbox"/> ja	
	Trinkwasserversorgung	<input checked="" type="checkbox"/> durch zentrale Wasserversorgung	<input type="checkbox"/> durch Brunnen
	Löschwasserversorgung (Art und Entfernung zur Entnahmestelle)	Überflurhydrant, Unterflurhydranten, Nassleitungen	
	Grundstücksentwässerung	<input checked="" type="checkbox"/> durch öffentliche Sammelkanalisation <input type="checkbox"/> durch Kleinkläranlage <input type="checkbox"/> durch sonstige Anlage; Art:	<input checked="" type="checkbox"/> vorhanden <input type="checkbox"/> fertiggestellt bis zum Versickerungsrigole
	Sonstiges		
4	Barrierefreies Bauen <input checked="" type="checkbox"/> eingehalten bei: <input type="checkbox"/> Gebäudeklasse 3 bis 5 mit Wohnungen <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich zugänglichen baulichen Anlagen <input type="checkbox"/> unverhältnismäßiger Mehraufwand aufgrund von: <input type="checkbox"/> schwierigen Geländebedingungen oder <input type="checkbox"/> ungünstiger vorhandener Bebauung (Nachweis ist beigelegt)		
5	Anzahl der notwendigen Stellplätze Bedarfsermittlung gegebenenfalls als Beiblatt	insgesamt auf dem Baugrundstück:	in Garagen + im Freien =
		fremden Grundstück mit Baulast:	=
		durch Ablösung	=
		Summe:	
		davon für Menschen mit Behinderungen:	
6	Anzahl der notwendigen Fahrradstellplätze Bedarfsermittlung gegebenenfalls als Beiblatt	insgesamt auf dem Baugrundstück:	in Garagen + im Freien =
		fremden Grundstück mit Baulast:	=
		durch Ablösung	=
		Summe:	
		davon für Menschen mit Behinderungen:	
7	Schutz gegen schädliche Einflüsse		

Baubeschreibung Blatt 2		Bauherrschaft: Stadt Mülheim an der Ruhr, Amt 26 - ImmobilienService		Bauantrag vom: 14.06.2019	
8	Angaben zur Aufstellung von Feuerstätten	Gesamt-Nennwärmeleistung:		730 kW	
		<input checked="" type="checkbox"/> Heizraum <i>vorhanden im Hauptgebäude</i>		Nahwärme	
		<input type="checkbox"/> Aufstellraum			
	Angaben zur Brennstofflagerung	<input type="checkbox"/> fester Brennstoff		<input type="checkbox"/> Heizöl m³	
		<input type="checkbox"/> Gas		<input type="checkbox"/> Flüssiggas m³	
		<input type="checkbox"/> unterirdischer Lagerbehälter		<input type="checkbox"/> Lagerraum <input type="checkbox"/> sonstiger Raum:	
9	Lüftung	<i>natürliche Lüftung</i>			
	Lüftungsanlage für Mittel- oder Großgarage	<input type="checkbox"/> ja	Art der Anlage:		
	sonstige genehmigungspflichtige Lüftungsanlage	<input type="checkbox"/> ja	Art der Anlage:		
		<input type="checkbox"/> Lüftungsanlage überbrückt Gebäudetrennwände oder Geschossdecken: <input type="checkbox"/> Schematische Darstellung entsprechend den Bildern der Lüftungsanlagenrichtlinie und Beschreibung der Lüftungsanlagen mit Angabe der Feuerwiderstandsdauer und Baustoffklasse der Bauteile und Lüftungsabschnitte ist beigelegt.			
10	weitere Angaben, sofern wegen Ortsatzungen oder Denkmalschutz erforderlich				
	äußere Gestaltung	Wände Holz, Putz			
		Dachflächen und Dachaufbauten Pultdach mit Kunststoffolie			
		Türen und Fenster Kunststoff			
	Spielplatz für Kleinkinder (Größe und Ausstattung)				
	Befestigung, Gestaltung und Eingrünung - der Zufahrten - der Stellplätze im Freien				
	Gestaltung und Bepflanzung der nicht überbauten Flächen	Pflastersteine, Rasenfläche			
11	Sonstiges	Versorgungsleitungen werden an das Hauptgebäude angeschlossen. Strom, Wasser, Wärme			
Ort, Datum Mülheim an der Ruhr, 14.06.2019		Genehmigungsvermerk STADT MÜLHEIM AN DER RUHR Der / Die Oberbürgermeister/in Bauaufsichtlich geprüft! Zum Vor-/Bescheid / Befreiungsbescheid vom ...26. AUG. 2019... AZ. 1185-19-71 I.A.D.			
Die/Der Entwurfsverfassende:   Unterschrift					

Brandschutzkonzept

Nr. 1466

Objekt: Gustav-Heinemann Gesamtschule
 Boverstraße 150
 45473 Mülheim an der Ruhr

Thema: Umbau von Holzhäusern (ehemalige Flüchtlingsunterkunft)
 zu Klassenräumen

Bauherr / Planung/ Auftraggeber:
 Immobilien Service
 Stadt Mülheim an der Ruhr
 Hans-Böckler-Platz 5
 45468 Mülheim an der Ruhr

Datum: 07.06.2019

STADT MÜLHEIM AN DER RUHR
Der / Die Oberbürgermeister/in
Bauaufsichtlich geprüft! Zum Vor-/Bescheid
Befreiungsbescheid vom ...26.11.2019...
AZ. 1185 - 19 - 17
I.A. D. 

Inhaltsverzeichnis

1 Aufgabenstellung.....	3
1.1 Anlass und Auftrag.....	3
1.2 Beschreibung des Vorhabens.....	3
2 Beurteilungsbasis.....	3
2.1 Baurechtliche Einstufung.....	3
2.2 Gesetzliche Grundlagen.....	3
2.3 Objektbezogene Unterlagen.....	4
3 Brandschutztechnische Gesamtkonzeption.....	4
3.1 Lage auf dem Grundstück / Zufahrten und Aufstellflächen.....	4
3.2 Löschwasserversorgung.....	4
3.3 Löschwasserrückhalteinrichtungen.....	4
3.4 Innere und äußere Abschottung / Brandabschnitte.....	5
3.4.1 Brandwände.....	5
3.4.2 Trennwände.....	5
3.4.3 Sonstige Wände, Pfeiler, Stützen, Decken.....	5
3.4.4 Dächer.....	6
3.4.5 Außenwände, Verkleidungen, Dämmschichten.....	6
3.5 Zahl der Nutzer.....	6
3.6 Rettungswege.....	6
3.6.1 Verlauf und Länge.....	6
3.6.2 Breite der Rettungswege.....	7
3.6.2.1 Treppen.....	7
3.6.2.2 Flure.....	8
3.6.2.3 Türen.....	8
3.6.3 Flure und Gänge.....	8
3.6.4 Treppenträume.....	9
3.6.5 Treppen.....	9
3.6.6 Türen.....	9
3.6.7 Kennzeichnung der Rettungswege.....	10
3.7 Haustechnik / Brandschutztechnik.....	10
3.7.1 Aufzüge.....	10
3.7.2 Heizungsanlage.....	10
3.7.3 Blitzschutzanlage.....	10
3.7.4 Leitungsanlagen.....	10
3.7.5 Lüftungsanlagen.....	10
3.7.6 Rauch- und Wärmeabzugsanlagen.....	10
3.7.7 Brandmeldeanlage / Alarmierungseinrichtungen.....	10
3.7.8 Sicherheitsbeleuchtung.....	11
3.7.9 Sicherheitsstromversorgung / Funktionserhalt.....	11
3.7.10 Brandbekämpfungseinrichtungen.....	11
3.8 Organisatorischer und betrieblicher Brandschutz.....	11
3.8.1 Betriebliche Maßnahmen.....	11
3.8.2 Feuerwehrpläne / Flucht- und Rettungspläne.....	12
3.9 Prüfungen.....	12
3.10 Abweichungen und Kompensationsmaßnahmen.....	13
3.11 Verwendete Rechenverfahren.....	13
4 Zusammenfassung.....	14

Anlagen: Brandschutzplan
Übersichtsplan des Feuerwehrplanes

1 Aufgabenstellung

1.1 Anlass und Auftrag

Auf dem Grundstück der Gustav-Heinemann Gesamtschule in der Boverstraße 150 in Mülheim sollen mehrere Holzhäuser der ehemaligen Flüchtlingsunterkunft in der Mintarder Straße so umgebaut werden, dass ein Schulgebäude mit fünf Klassenräumen und Sanitäranlagen entsteht.

Die Unterzeichnerin wurde beauftragt, für das Gebäude entsprechend den geltenden Bestimmungen ein Brandschutzkonzept als zielorientierte Gesamtbewertung des baulichen und abwehrenden Brandschutzes einzureichen, welches insbesondere Angaben zu den 18 Punkten des § 9 (2) der BauPrüfVO enthalten soll.

1.2 Beschreibung des Vorhabens

Auf dem Schulgelände soll südwestlich des Schulgebäudes ein 55 m langes und 10 m breites erdgeschossiges Holzhaus aufgestellt werden. Die Grundfläche beträgt 564 m².

An der nördwestlichen Gebäudeseite befinden sich zwei Eingänge, wobei einer der beiden Zugänge über eine Rampe barrierefrei ist. Über einen Flur werden alle Räume erschlossen. Neben den fünf Klassenräumen befinden sich in der Gebäudemitte die Sanitäranlagen, ein Technikraum und ein Putzmittelraum.

Alle Klassenräume erhalten direkte Ausgänge ins Freie.

2 Beurteilungsbasis

2.1 Baurechtliche Einstufung

Bei dem Gebäude handelt es sich um eine Schule, die in den Geltungsbereich der Schulbaurichtlinie fällt.

Der Fußboden des obersten Aufenthaltsraumes liegt weniger als 7 m über der Geländeoberfläche. Somit handelt es sich um ein Gebäude der Gebäudeklasse 3.

2.2 Gesetzliche Grundlagen

Die Beurteilung der Baumaßnahme erfolgt aufgrund folgender Gesetze, Verordnungen und Richtlinien:

- Landesbauordnung von Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) vom 21.07.2018,
- Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen NRW (VV TB NRW) vom 07.12.2018,
- Richtlinie über bauaufsichtliche Anforderungen an Schulen (SchulBauR vom 05.11.2010),
- Muster-Richtlinien über brandschutztechnische Anforderungen an Leitungsanlagen (Muster-Leitungsanlagen-Richtlinie MLAR), Fassung 10.02.2015 (Redaktionsstand 05.04.2016),
- Verordnung über die Prüfung technischer Anlagen und Wiederkehrende Prüfung von Sonderbauten (PrüfVO NRW - Prüfverordnung) vom 24. November 2009.

2.3 Objektbezogene Unterlagen

Das Brandschutzkonzept basiert auf folgenden Unterlagen, die für die Bearbeitung als CAD-Datei zur Verfügung gestellt wurden:

Planinhalt	Maßstab	Datum
Grundriss Erdgeschoss	1:200	07.06.2019
Lageplan	1:1000	07.06.2019
Übersichtsplan Feuerwehrplan		12/2013

3 Brandschutztechnische Gesamtkonzeption

3.1 Lage auf dem Grundstück / Zufahrten und Aufstellflächen

Damit bei einem Brand die Rettung von Menschen und Tieren sowie wirksame Löscharbeiten möglich sind, müssen Flächen für die Feuerwehr für die ausreichende Bewegungsfreiheit und Sicherheit für den Einsatz der Feuerlösch- und Rettungsgeräte gewährleistet sein.

Die vorhandene Zufahrt für Feuerwehrfahrzeuge wird durch die Baumaßnahme nicht berührt. Die Bewegungsflächen auf dem Schulhof bleiben für die Feuerwehr erhalten. Zum besseren Verständnis liegt dem Brandschutzkonzept der Übersichtsplan des Feuerwehrplanes für die Gustav-Heinemann Gesamtschule bei.

Aufstellflächen für Hubrettungsgeräte zur Sicherstellung des zweiten Rettungsweges sind nicht erforderlich, da beide Rettungswege baulich sichergestellt werden.

Der Mindestabstand zur Grundstücksgrenze wird 5 m betragen.

3.2 Löschwasserversorgung

Die erforderliche Löschwassermenge ermittelt sich aus dem Bedarf für den Einsatz der Feuerwehr.

Wasserversorgung für den Feuerwehreinsatz

Das Arbeitsblatt DVGW W 405 sieht für den Einsatz der Feuerwehr bei Gebäuden mit mehr als einem Vollgeschoss in einem Kerngebiet einen Bedarf von 96 m³/h (1600 l/min) über den Zeitraum von 2 Stunden vor.

Diese Löschwassermenge muss im Umkreis von 300 m um das Objekt bereitgestellt sein.

Da die Schule schon seit etwa 50 Jahren in Betrieb ist, ist davon auszugehen, dass die erforderliche Löschwassermenge zur Verfügung steht. Es wird keine neue Löschwasseranfrage gestellt.

3.3 Löschwasserrückhalteinrichtungen

Löschwasserrückhalteinrichtungen sind nach der Löschwasserrückhalte-Richtlinie (LöRüRl) nur dann erforderlich, wenn wassergefährdende Stoffe in großen Mengen gelagert werden. Dies ist hier nicht der Fall.

3.4 Innere und äußere Abschottung / Brandabschnitte

3.4.1 Brandwände

Gemäß § 30 BauO NRW müssen Brandwände als raumabschließende Bauteile zum Abschluss von Gebäuden (Gebäudeabschlusswand) oder zur Unterteilung von Gebäuden in Brandabschnitte (innere Brandwand) ausreichend lang die Ausbreitung auf andere Gebäude oder Brandabschnitte verhindern.

Brandwände als Gebäudeabschlusswände sind erforderlich, wenn diese Abschlusswände an einer oder mit einem Abstand von weniger als 2,5 m gegenüber der Nachbargrenze errichtet werden, es sei denn, dass ein Abstand von mindestens 5 m zu bestehenden oder nach den baurechtlichen Vorschriften zulässigen künftigen Gebäuden öffentlich-rechtlich gesichert ist.

Der Mindestabstand zur Grundstücksgrenze wird 5 m betragen. Zu den benachbarten Gebäuden wird ebenfalls ausreichend Abstand eingehalten. Damit sind Gebäudeabschlusswände nicht erforderlich.

Brandwände als innere Brandwand sind erforderlich zur Unterteilung ausgedehnter Gebäude in Abständen von nicht mehr als 40 m.

Die Schaulbaurichtlinie lässt Abstände bis zu 60 m.

Das Gebäude verfügt über eine Länge von 55 m. Daher ist keine innere Brandwand erforderlich.

3.4.2 Trennwände

Nach § 29 BauO NRW sind Trennwände herzustellen

1. zwischen Nutzungseinheiten sowie zwischen Nutzungseinheiten und anders genutzten Räumen, ausgenommen notwendigen Fluren,
2. zum Abschluss von Räumen mit Explosions- oder erhöhter Brandgefahr,
3. zwischen Aufenthaltsräumen und anders genutzten Räumen im Kellergeschoss, sowie
4. zwischen Aufenthaltsräumen und Wohnungen einschließlich ihrer Zugänge und nicht ausgebauten Räumen im Dachraum.

Bei Gebäuden der Gebäudeklasse 3 müssen Trennwände feuerhemmend und von Rohboden bis Rohdecke ausgeführt sein. Öffnungen in diesen Wänden müssen mit feuerhemmenden Abschlüssen (T 30) versehen werden.

Trennwände nach BauO NRW sind hier nicht erforderlich.

3.4.3 Sonstige Wände, Pfeiler, Stützen, Decken

Gemäß § 27 BauO NRW müssen tragende und aussteifende Wände und Stützen im Brandfall ausreichend lang standsicher sein. Sie müssen bei Gebäuden der Gebäudeklasse 3 feuerhemmend (entspricht der Feuerwiderstandsklasse F 30 nach DIN 4102-T2) ausgebildet sein.

Somit werden die tragenden und aussteifenden Bauteile des Gebäudes feuerhemmend sein.

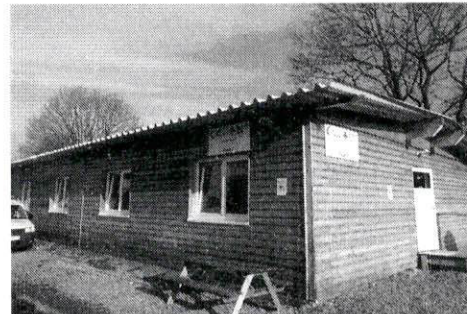
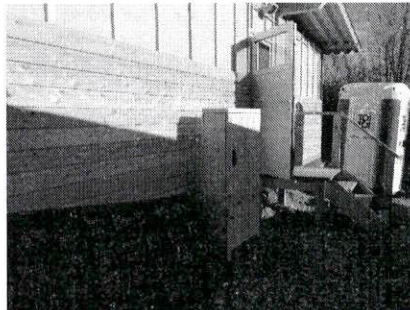
3.4.4 Dächer

Gemäß § 32 BauO NRW wird die Bedachungen des Gebäudes gegen eine Brandbeanspruchung von außen durch Flugfeuer und strahlende Wärme ausreichend lang widerstandsfähig sein.

3.4.5 Außenwände, Verkleidungen, Dämmschichten

Außenwände und Außenwandbauteile wie Brüstungen und Schürzen müssen nach § 28 BauONRW so ausgebildet sein, dass eine Brandausbreitung auf und in diesen Bauteilen ausreichend lang begrenzt wird.

Der Fassadenaufbau der bestehenden Holzhäuser soll im Wesentlichen übernommen werden. Dieser wird aus den beiliegenden Fotos der Flüchtlingsunterkünfte deutlich. Von der Holzverkleidung sollen 30 % übernommen werden. Der Rest erhält eine Trägerplatte mit Putz.



Eine Brandausbreitung auf höher liegende Geschosse ist nicht möglich, da es sich um ein erdgeschossiges Gebäude handelt. Eine Brandausbreitung auf andere Brandabschnitte ist ebenfalls nicht möglich. Daher bestehen keine Bedenken gegen die Verwendung von Holz als Verkleidung.

3.5 Zahl der Nutzer

Die Zahl der Nutzer ergibt sich aus den regulär anwesenden Schülern und Lehrern. Bei 5 Klassenräumen und einer angenommenen Zahl von 32 Schülern pro Klassenzimmer, sowie 5 Lehrern liegt die maximale Nutzerzahl damit bei etwa 165 Personen.

3.6 Rettungswege

In Schulen müssen gemäß SchulBauR beide Rettungswege baulich sichergestellt werden.

Die zulässigen Rettungsweglängen ergeben sich aus der BauO NRW, die für den ersten Rettungsweg eine maximale Länge von 35 m vorsieht. Der zweite Rettungsweg darf weiter entfernt sein.

3.6.1 Verlauf und Länge

Der erste Rettungsweg verläuft über den notwendigen Flur, der über zwei Ausgänge verfügt, direkt ins Freie. Die maximale Rettungsweglänge beträgt hier 23 m.

Als zusätzliche Rettungswege stehen in jedem Klassenraum direkte Ausgänge ins Freie zur

Verfügung.

Die Rettungswegsituation ist somit sehr gut.

3.6.2 Breite der Rettungswege

Die erforderliche Breite der Rettungswege ergibt sich aus § 34 BauO NRW, wonach die nutzbare Breite der Treppenläufe und Treppenabsätze notwendiger Treppen für den größten zu erwartenden Verkehr ausreichend bemessen sein muss.

Weiterhin müssen nach § 36 Abs. 2 BauO NRW notwendige Flure so breit sein, dass auch diese für den größten zu erwartenden Verkehr ausreichen.

Da es sich um eine Arbeitsstätte handelt sind zusätzlich die Bestimmungen der Arbeitsstättenverordnung, präzisiert in den Arbeitsstättenrichtlinien (ASR A2.3), zu beachten.

Nach der Arbeitsstättenrichtlinie sind die erforderlichen Breiten gestaffelt nach der Zahl der darauf angewiesenen Personen.

Anzahl der Personen (Einzugsgebiet)	Lichte Breite (in m)
bis 5	0,875
bis 20	1,00
bis 200	1,20
bis 300	1,80
bis 400	2,40

„Die Mindestbreite des Fluchtweges darf durch Einbauten oder Einrichtungen sowie in Richtung des Fluchtweges zu öffnende Türen nicht eingeengt werden. Eine Einschränkung der Mindestbreite der Flure von maximal 0,15 m an Türen kann vernachlässigt werden. Für Einzugsgebiete bis 5 Personen darf die lichte Breite jedoch an keiner Stelle weniger als 0,80 m betragen.“

Die SchulBauR muss die nutzbare Breite der Ausgänge von Unterrichtsräumen und sonstigen Aufenthaltsräumen sowie der notwendigen Flure und Treppen mindestens 1,20 m je 200 darauf angewiesener Benutzer betragen. Staffellungen sind nur in 0,60 m zulässig. Es muss jedoch mindestens folgende nutzbare Breite vorhanden sein bei

- a) Ausgängen von Unterrichtsräumen und sonstigen Aufenthaltsräumen 0,90 m,
- b) notwendigen Fluren 1,50 m,
- c) notwendigen Treppen 1,20 m.

3.6.2.1 Treppen

Die Außentreppen zur Überwindung des Höhenunterschiedes erhalten nutzbare Laufbreiten von jeweils mindestens 1,20 m. Damit sind sie sowohl nach Schulbaurichtlinie als auch nach der ASR A2.3 großzügig bemessen.

3.6.2.2 Flure

Bei dem Flur handelt es sich um einen notwendigen Flur. Dieser ist mit einer Breite von 2,0 m geplant.

3.6.2.3 Türen

Die Türen der Klassenräume zum notwendigen Flur sowie die Ausgangstüren direkt ins Freie verfügen über lichte Durchgangsbreiten von jeweils circa 1,0 m. Die beiden Eingangstüren sind mit lichten Breiten von jeweils circa 1,10 m geplant.

Die Rettungswegbreiten sind somit großzügig bemessen.

3.6.3 Flure und Gänge

Notwendige Flure, über die Rettungswege aus Aufenthaltsräumen oder aus Nutzungseinheiten mit Aufenthaltsräumen zu Ausgängen in notwendige Treppenräume oder ins Freie führen (notwendige Flure), müssen so angeordnet und ausgebildet sein, dass die Nutzung im Brandfall ausreichend lang möglich ist.

Notwendige Flure sind nicht erforderlich

1. in Wohngebäuden der Gebäudeklasse 1 und 2,
2. in sonstigen Gebäuden der Gebäudeklasse 1 und 2, ausgenommen in Kellergeschossen,
3. innerhalb von Nutzungseinheiten mit nicht mehr als 200 m² und innerhalb von Wohnungen,
4. innerhalb von Nutzungseinheiten, die einer Büro- oder Verwaltungsnutzung dienen, mit nicht mehr als 400 m²; das gilt auch für Teile größerer Nutzungseinheiten, wenn diese Teile nicht größer als 400 m² sind, Trennwände nach § 29 Abs. 2 Nummer 1 haben und jeder Teil unabhängig von anderen Teilen Rettungswege nach § 33 Absatz 1 hat.

Der Flur wird somit als notwendiger Flur ausgebildet.

Notwendige Flure sind durch nichtabschließbare, rauchdichte und selbstschließende Abschlüsse in Rauchabschnitte zu unterteilen. Die Rauchabschnitte sollen nicht länger als 30 m sein. Der Flur ist 37,5 m lang. Auf die Unterteilung durch eine Rauchschutztür soll verzichtet werden.

Brandschutztechnische Bewertung:

Da jeder Klassenraum über einen direkten Ausgang ins Freie verfügt und der notwendige Flur zwei direkte Ausgänge ins Freie besitzt, bestehen aus brandschutztechnischer Sicht keine Bedenken auf die Rauchschutztür zu verzichten.

Die Wände des notwendigen Flures werden als raumabschließende Bauteile feuerhemmend sein. Die Wände werden bis an die feuerhemmende Unterdecke geführt. Türen in diesen Wänden werden dicht schließen (ds).

Aus brandschutztechnischer Sicht bestehen keine Bedenken bei den WC-Türen auf dichtschießende Türen zu verzichten, da die Brandlasten in diesen Räumen begrenzt sind.

Bekleidungen, Putze, Unterdecken und Dämmstoffe werden aus nichtbrennbaren (A) Baustoffen bestehen.

Wände und Decken aus brennbaren Baustoffen erhalten eine Bekleidung aus nichtbrennbaren Baustoffen in ausreichender Dicke.

Fußbodenbeläge werden schwerentflammbar (B1) sein.

3.6.4 Treppenräume

Das Gebäude ist erdgeschossig und wird demnach ohne notwendigen Treppenraum errichtet.

3.6.5 Treppen

Jedes nicht zu ebener Erde liegende Geschoss und der benutzbare Dachraum eines Gebäudes müssen über mindestens eine Treppe zugänglich sein (notwendige Treppe). Statt notwendiger Treppen sind Rampen mit flacher Neigung zulässig.

Die tragenden Teile der Außentreppen zur Überwindung des Höhenunterschiedes werden gemäß § 34 Abs. 4 BauO NRW aus nichtbrennbaren Baustoffen bestehen.

3.6.6 Türen

Anforderungen an die Öffnungsrichtung von Türen gibt es in der BauO NRW nicht.

Die ASR A2.3 fordert hingegen, dass sämtliche Türen zu Ausgängen ins Freie oder in Treppenräume in Fluchtrichtung öffnen.

Die SchulBauR sieht ebenfalls vor, dass Türen im Verlauf von Rettungswegen in Fluchtrichtung öffnen müssen.

Die Türen ins Freie werden in Fluchtrichtung öffnen, ebenso die Türen aus den Klassenräumen 1 und 5.

Die Türen der Klassenräume 2, 3 und 4 werden entgegen der Fluchtrichtung aufschlagen, um den Rettungsweg beziehungsweise den notwendigen Flur nicht einzuengen.

In der GUV 16.3 heißt es unter Punkt 4.2.5.4:

„Türen zu Unterrichtsräumen mit mehr als 80 Benutzern und zu Räumen mit erhöhter Brandgefahr (z.B. Werkstätten) sowie zu naturwissenschaftlichen Übungsräumen müssen in Fluchtrichtung aufschlagen. Vgl. Hinweis 12 und 13 in DIN 58125 'Schulbau', Abschnitt 3.2.5.“

Das bedeutet, dass der Gemeindeunfallversicherer davon ausgeht, dass in Schulen bei einer Anzahl von 80 Personen die Aufschlagrichtung entgegen der Fluchtrichtung nicht zu einer erhöhten Gefährdung führt. Daher bestehen hier keine Bedenken, die Türen der drei Klassenräume entgegen der Fluchtrichtung öffnen zu lassen, zumal die direkten Ausgänge aus den Unterrichtsräumen ins Freie in Fluchtrichtung aufschlagen.

Die SchulBauR fordert in Absatz 5, dass Türen, die selbstschließend sein müssen, nur offen gehalten werden dürfen, wenn sie Feststellanlagen haben, die bei Raucheinwirkung ein selbsttätiges Schließen dieser Türen bewirken. Weiterhin müssen diese Türen von Hand zu schließen sein.

Grundsätzlich gilt, dass alle Türen im Verlauf von Rettungswegen während des Betriebes von innen ständig öffnbar sein müssen.

3.6.7 Kennzeichnung der Rettungswege

Die Ausgänge ins Freie erhalten langnachleuchtende Sicherheitszeichen.

3.7 Haustechnik / Brandschutztechnik

3.7.1 Aufzüge

Ein Aufzug ist nicht vorhanden.

3.7.2 Heizungsanlage

Das Gebäude wird über die bestehende Heizungsanlage des benachbarten Schulgebäudes versorgt. Der Verteiler wird im Technikraum untergebracht. An diesen werden keine Anforderungen gestellt.

3.7.3 Blitzschutzanlage

Nach Punkt 7 SchulBauR müssen Schulen mit Blitzschutzanlagen ausgestattet werden.

Die Schule ist bereits mit einer solchen Anlage ausgerüstet. Die Blitzschutzanlage wird auf das Holzhaus ausgeweitet.

3.7.4 Leitungsanlagen

Die Leitungsanlagen werden nach den Bestimmungen der M-LAR verlegt.

Das heißt hier insbesondere, dass im notwendigen Flur Leitungen nur offen verlegt sind, wenn sie zur Versorgung des Flures gehören.

Bei der Durchführung von Leitungsanlagen durch die Flurwände werden diese mit zugelassenen Abschottungen (S 30, R 30 jeweils nach DIN 4102 oder gleichwertig) abgeschottet.

3.7.5 Lüftungsanlagen

Alle Räume werden natürlich be- und entlüftet.

3.7.6 Rauch- und Wärmeabzugsanlagen

Für die Entrauchung der Räume stehen die Fenster zur Verfügung.

3.7.7 Brandmeldeanlage / Alarmierungseinrichtungen

Gemäß den Anforderungen der SchulBauR benötigt das Schulgebäude eine Hausalarmierung, deren Alarmsignal im Gefahrenfall in jedem Raum der Schule zu hören ist, um die Räumung des Schulgebäudes einleiten zu können. Während der Betriebszeit der Schule muss das Alarmsignal an einer jederzeit zugänglichen Stelle innerhalb der Schule ausgelöst werden können.

Auf Wunsch des Betreibers wird die vorhandene Brandmeldeanlage des benachbarten Schulgebäudes auf das hier betrachtete Gebäude erweitert, so dass eine automatische Alarmierung der Feuerwehr erfolgt. Auf die Anlage wird eine interne Alarmierungseinrichtung aufgeschaltet, die mit Signaltongebnern oder Sockelsirenen und Blitzleuchten in jedem Raum alarmiert. Zusätzlich werden an den Ausgängen ins Freie Druckknopfmelder

vorgesehen.

Diese Anforderungen nach Abschnitt 9 der SchulBauR werden somit mehr als erfüllt.

3.7.8 Sicherheitsbeleuchtung

Die Schulbaurichtlinie fordert eine Sicherheitsbeleuchtung in notwendigen Fluren. Hierauf soll jedoch verzichtet werden.

Brandschutztechnische Bewertung:

Aus brandschutztechnischer Sicht kann hier auf die Sicherheitsbeleuchtung verzichtet werden, da jeder Klassenraum einen direkten Ausgang ins Freie hat und der Flur zwei direkte Ausgänge ins Freie erhält.

3.7.9 Sicherheitsstromversorgung / Funktionserhalt

Eine Sicherheitsstromversorgung wird für Brandmeldeanlage und die Alarmierungseinrichtung eingerichtet. Durch die Sicherheitsstromversorgung wird bei Ausfall der allgemeinen Stromversorgung der Betrieb dieser Sicherheitseinrichtungen für mindestens 3 Stunden sichergestellt.

Die Dauer des Funktionserhalts der Leitungsanlagen bei der Brandmeldeanlage einschließlich der zugehörigen Übertragungsanlagen wird mindestens 30 Minuten betragen. Ausgenommen sind Leitungsanlagen in Räumen, die durch automatische Brandmelder überwacht werden, sowie Leitungsanlagen in Räumen ohne automatische Brandmelder, wenn bei Kurzschluss oder Leitungsunterbrechung durch Brandeinwirkung in diesen Räumen alle an diese Leitungsanlage angeschlossenen Brandmelder funktionstüchtig bleiben.

3.7.10 Brandbekämpfungseinrichtungen

Die Ausrüstung mit Feuerlöschern erfolgt nach den Vorgaben der ASR A2.2.

In dieser Vorschrift werden keine Anzahlen an Feuerlöschern vorgeschrieben, sondern nur sogenannte Löschmitteleinheiten (LE), anhand derer sich dann je nach gewähltem Löschmittel die Anzahl der benötigten Feuerlöscher ableiten lässt.

Insgesamt werden im Schulgebäude **24 LE** bereitgestellt.

Die Feuerlöscher werden an gut sichtbaren und im Brandfall leicht zugänglichen Stellen (Aufhängehöhe zwischen 0,8 m und 1,2 m) angebracht.

Die Stellen, an denen Feuerlöscher nicht gut sichtbar aufgehangen werden können, werden durch das Brandschutzzeichen F 001 „Feuerlöscher“ gekennzeichnet.

Die Feuerlöscher werden alle zwei Jahre durch einen Sachkundigen geprüft.

3.8 Organisatorischer und betrieblicher Brandschutz

3.8.1 Betriebliche Maßnahmen

Die Lehrer an der Schule müssen nach BGV A1 erstmalig bei Einstellung und in regelmäßigen Abständen in folgenden Themen geschult werden:

- Vorbeugender Brandschutz (Aufklärung über die vorhandenen baulichen

Maßnahmen),

- Vermeidung von Brandgefahren,
- Umgang mit Löschgeräten,
- Verhalten im Brandfall,
- Räumung von Gebäuden / Gebäudeteilen (mit Übungen) / Menschenrettung,
- Zusammenarbeit mit der Feuerwehr.

Alarmproben

Einmal im Jahr findet in der Schule eine Alarmprobe statt, an der die Feuerwehr teilnimmt. Durch die Alarmprobe sollen die Lehrer und Schüler über das Verhalten bei Feueralarm geschult werden. Im Rahmen der Alarmprobe sollen auch allgemeine Maßnahmen zur Verhütung von Bränden und Verhaltensweisen bei Ausbruch eines Brandes in der Schule besprochen werden. Unterstützend können hierbei Vertreter der örtlichen Feuerwehr hinzugezogen werden.

Die Alarmprobe ist mit Angaben über Beginn und Ende der Räumung des Schulgebäudes aktenkundig zu machen.

Brandschutzordnung

Für das Gebäude wird eine Brandschutzordnung (Teil A – Teil C) nach DIN 14096 erstellt und ausgehängt. Die Lehrer und Mitarbeiter an der Schule sind über die Inhalte der Brandschutzordnung zu unterrichten.

3.8.2 Feuerwehrpläne / Flucht- und Rettungspläne

Gemäß SchulBauR werden im Einvernehmen mit der Feuerwehr Mülheim die vorhandenen Feuerwehrpläne an die Änderungen angepasst.

Flucht- und Rettungspläne sind aufgrund der Übersichtlichkeit des Gebäudes nicht erforderlich.

3.9 Prüfungen

Die technischen Einrichtungen sind nach der PrüfVO NRW vor der Inbetriebnahme und in wiederkehrenden Abständen zu prüfen.

Diese Prüfungen werden durch Prüfsachverständige gemäß §3 PrüfVO NRW durchgeführt.

Folgende Einrichtungen müssen nach den Bestimmungen der PrüfVO geprüft werden:

Prüffrist nicht mehr als 3 Jahre

- Sicherheitsstromversorgungsanlagen,
- Brandmelde- und Alarmierungsanlagen,

Prüffrist nicht mehr als 6 Jahre

- elektrische Anlagen.

Die Prüfung der Feuerlöscher erfolgt durch Sachkundige innerhalb einer Frist von maximal 2 Jahren. Hier sind die Herstellerangaben zu beachten.

3.10 Abweichungen und Kompensationsmaßnahmen

Im Rahmen der geplanten Baumaßnahme wird in zwei Punkten von den bauordnungsrechtlichen Vorschriften abgewichen.

Abweichung von § 36 Abs. 3 BauO NRW, wonach notwendige Flure durch nichtabschließbare, rauchdichte und selbstschließende Abschlüsse in Rauchabschnitte von maximal 30 m zu unterteilen sind.

Der Flur ist 37,5 m lang. Auf die Unterteilung durch eine Rauchschutztür soll verzichtet werden.

Brandschutztechnische Bewertung:

Da jeder Klassenraum über einen direkten Ausgang ins Freie verfügt und der notwendige Flur zwei direkte Ausgänge ins Freie besitzt, bestehen aus brandschutztechnischer Sicht keine Bedenken auf die Rauchschutztür zu verzichten.

Abweichung von Abschnitt 8 der SchulBauR, wonach notwendige Flure eine Sicherheitsbeleuchtung haben müssen.

Hierauf soll jedoch verzichtet werden.

Brandschutztechnische Bewertung:

Aus brandschutztechnischer Sicht kann hier auf die Sicherheitsbeleuchtung verzichtet werden, da jeder Klassenraum einen direkten Ausgang ins Freie hat und der Flur zwei direkte Ausgänge ins Freie erhält.

3.11 Verwendete Rechenverfahren

Es wurden keine Rechenverfahren verwendet.

4 Zusammenfassung

Im vorliegenden Brandschutzkonzept wird der Neubau eines Schulgebäude in der Boverstraße 150 in Mülheim brandschutztechnisch betrachtet und beurteilt.

Die wesentlichen Punkte des Brandschutzes sind:

- die Größe des Brandabschnittes von circa 564 m²,
- bauliche Sicherstellung der Rettungswege,
- Ausbildung eines notwendigen Flures,
- Installation einer flächendeckenden Brandmeldeanlage,
- interne Alarmierungsanlage,
- Sicherheitsstromversorgung und Funktionserhalt.

Werden alle Bestimmungen dieses Brandschutzkonzeptes umgesetzt, bestehen aus brandschutztechnischer Sicht keine Bedenken gegen die geplante Baumaßnahme.

Wuppertal, den 07. Juni 2019



Dipl.-Ing. Anke Löbbert

staatlich anerkannte Sachverständige
für die Prüfung des Brandschutzes

C. Michaelis

Dipl.-Ing. Christin Michaelis

Entwurfsverfasserin

[Signature]



Bauherr

[Signature]

Das Brandschutzkonzept umfasst einschließlich Deckblatt 14 Seiten.

Anlagen: Brandschutzplan
Übersichtsplan des Feuerwehrplanes

STADT MÜLHEIM AN DER RUHR
Der / Die Oberbürgermeister/in
Bauaufsichtlich geprüft! Zum Vor-/Bescheid
/ Betreibungsbescheid vom **26. AUG. 2019**

AZ. 1185 - 18 - 11
i.A. *[Signature]*

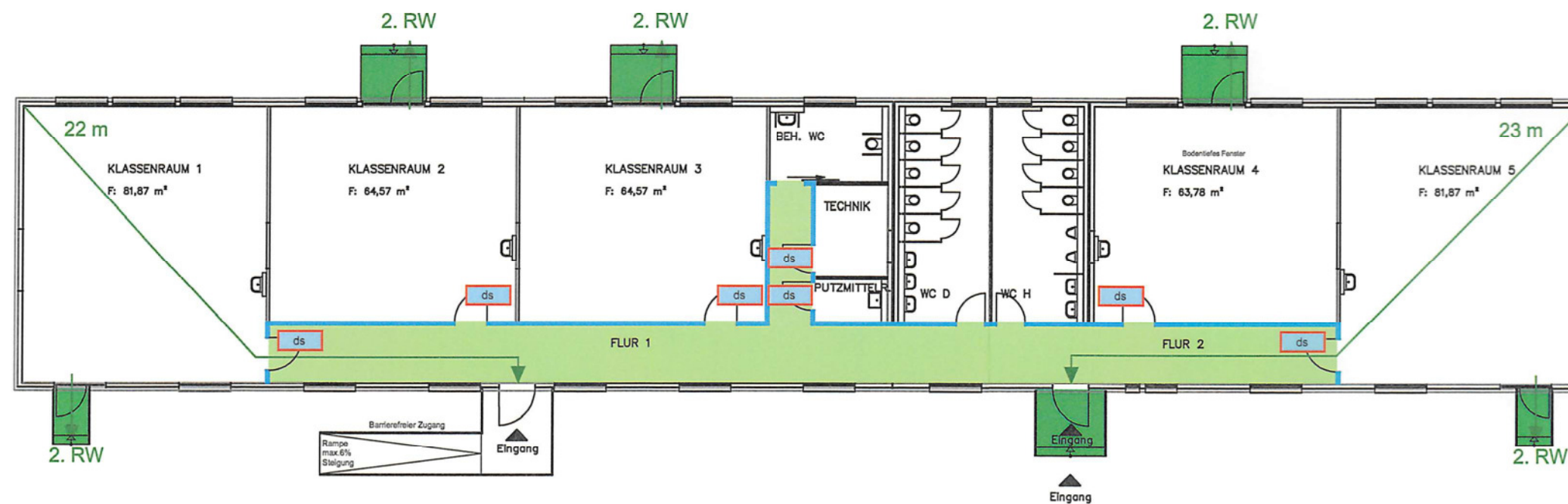


Legende

-  feuerhemmend
-  notwendige Treppe
-  notwendiger Flur
-  Fluchtweg

TÜREN:

-  dichtschießend



STADT MÜLHEIM AN DER RUHR
Der / Die Oberbürgermeister/in
Bauaufsichtlich geprüft! Zum Vor-/Bescheid
/ Befreiungsbescheid vom**26. AUG. 2019**
AZ.**1185-19-11**
I.A. **D.**

Dieser Plan gilt nur in Verbindung mit dem Text des Brandschutzkonzeptes.
Die zu verwendenden Baustoffqualitäten (z. B. F 90-AB) sind dem Text zu entnehmen.

Plan zum

BRANDSCHUTZKONZEPT

Objekt
Gustav-Heinemann
Gesamtschule
Boverstraße 150
45473 Mülheim an der Ruhr

Bauherr
Immobilien Service
Stadt Mülheim an der Ruhr
Hans-Böckler-Platz 5
45468 Mülheim an der Ruhr

Brandschutzkonzept **Nr. 1466 vom 07.06.2019**

Planinhalt **Grundriss Erdgeschoss**

Maßstab/ Stand **1:200 / 07.06.2019**

Planerstellung
Immobilien Service
Stadt Mülheim an der Ruhr
Hans-Böckler-Platz 5
45468 Mülheim an der Ruhr

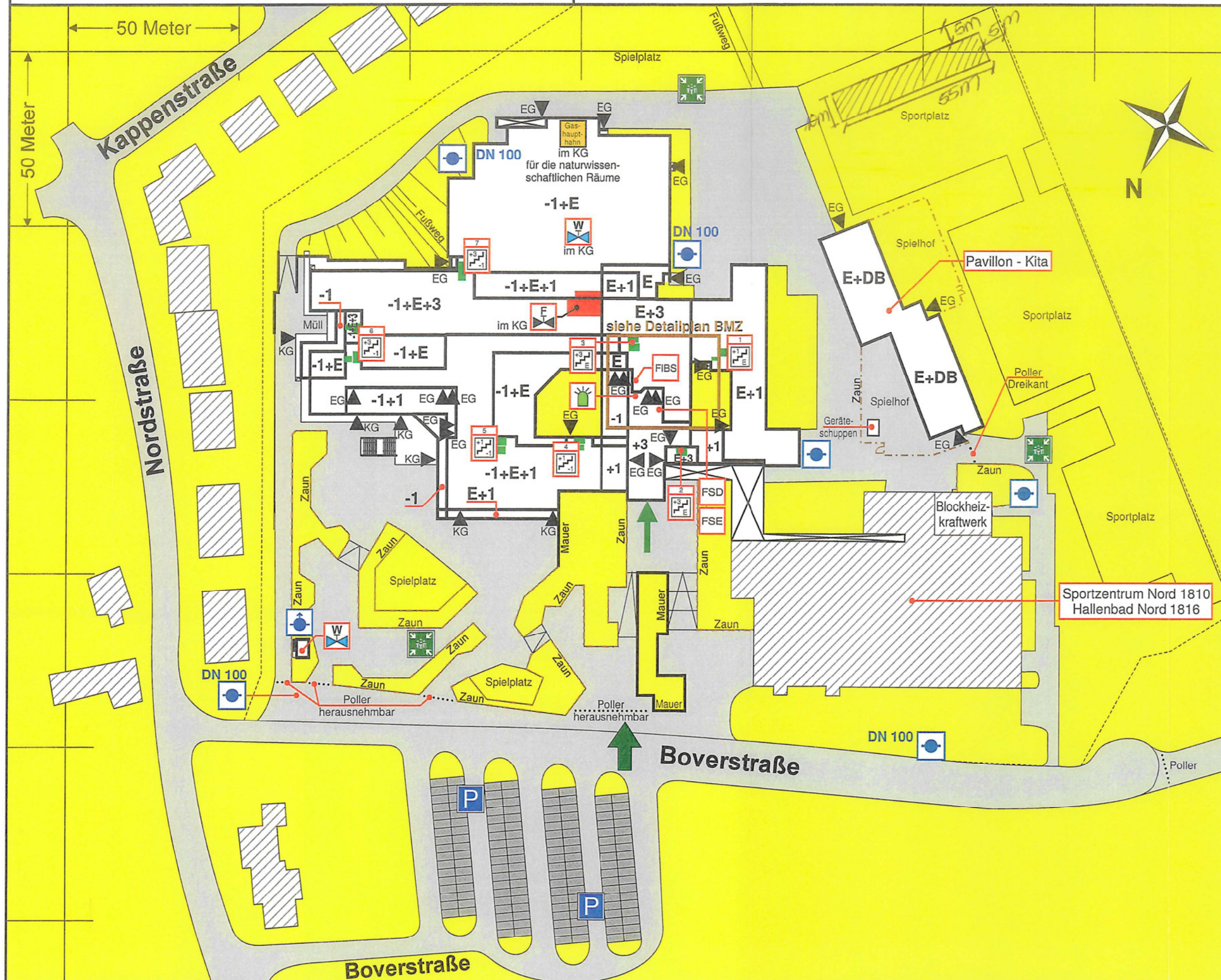


Ingenieurbüro Löbbert
Ferdinand-Thun-Straße 52 b
42289 Wuppertal
Tel.: 0202 97637-0
Fax: 0202 97637-13

ÜBERSICHTSPLAN

Objektname: Gustav-Heinemann-Gesamtschule
Objektadresse: Boverstraße 150, 45473 Mülheim an der Ruhr

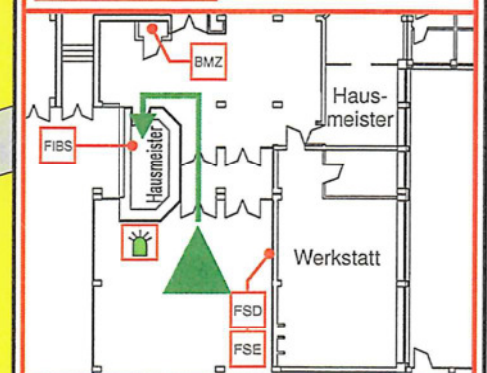
Objekt-Nr.:
1800



Legende

- = Feuerwehruzufahrt
- = Weg zur BMZ
- = Zugang/ Angriffsweg
- = Feuerwehr-Informations-Bedien-System
- = Feuerwehrbedienfeld
- = Feuerwehrranzeigetableau
- = Brandmelderzentrale
- = Feuerwehr / Die Oberbürgermeister/in Schlüsseldepot geprüft! Zum Vor-/Bescheid
- = Freischaltgerät
- = Blitzleuchte
- = Gashaupthahn
- = Wasserhupthahn
- = Fernwärme - Übergabe
- = Überflurhydrant
- = Unterflurhydrant
- = nicht befahrbare Fläche
- = befahrbare Fläche/ Straße
- = Parkflächen
- = Sammelstelle
- = Treppenraum

Detail BMZ



Planverfasser:

Hansastr. 23a
59557 Lippstadt
Tel.: 0 29 41/20 99-0
Fax.: 0 29 41/20 99-29
e-mail: info@pm-group.net
www.pm-group.net

Objekt-Nr.: 3122 - Stand: 12/2013 - SF

An die untere Bauaufsichtsbehörde Stadt Mülheim an der Ruhr -61-2 Amt für Stadtplanung, Bauaufsicht und Stadtentwicklung Herr Gerull Hans-Böckler-Platz 5		Eingangsstempel der Bauaufsichtsbehörde <div style="border: 2px solid black; padding: 5px; text-align: center;"> EINGANG BAUAUFSICHT 19. JUNI 2019 Amt 61 </div>																													
PLZ, Ort 45468 Mülheim an der Ruhr		Aktenzeichen																													
<input checked="" type="checkbox"/> Bauantrag <input type="checkbox"/> Antrag auf Vorbescheid Großer Sonderbau § 50 Absatz 2 BauO NRW 2018 Bauherrschaft (§ 53 BauO NRW 2018)		Baugenehmigungsverfahren § 65 BauO NRW 2018																													
Name, Vorname, Firma Stadt Mülheim an der Ruhr Amt 26 - ImmobilienService		Entwurfsverfassende (§ 54 Absatz 1 BauO NRW 2018) Name, Vorname, Büro Bodenstein, Julia Amt 26 - ImmobilienService Technische Leitung																													
Straße, Hausnummer Hans-Böckler-Platz 5		Straße, Hausnummer Hans-Böckler-Platz 5																													
PLZ, Ort 45468 Mülheim an der Ruhr		PLZ, Ort 45468 Mülheim an der Ruhr																													
vertreten durch: (§ 53 Absatz 3 BauO NRW 2018) Name, Vorname, Anschrift Dimitriadis, Evangelos Amt 26 - ImmobilienService Hans-Böckler-Platz 5 45468 Mülheim an der Ruhr		bauvorlageberechtigt: (§ 67 Absatz 3 BauO NRW 2018) Name, Vorname Bodenstein, Julia Mitgliedsnummer der Architekten- oder der Ingenieurkammer des Landes 100379																													
Telefon (mit Vorwahl) 0208 - 455 2310	Telefax 0208 - 455 58 2310	Telefon (mit Vorwahl) 0208 - 455 2306	Telefax 0208 - 455 58 2306																												
E-Mail Evangelos.Dimitriadis@muelheim-ruhr.de		E-Mail Julia.Bodenstein@muelheim-ruhr.de																													
Baugrundstück Ort, Straße, Hausnummer, gegebenenfalls Ortsteil 45473 Mülheim an der Ruhr, Boverstr., 150																															
Gemarkung(en) Altstadt 2	Flur(e) 14	Flurstück(e) 958																													
Gebäudeklassen (§ 2 Absatz 3 BauO NRW 2018): 1 <input type="checkbox"/> 2 <input type="checkbox"/> 3 <input checked="" type="checkbox"/> 4 <input type="checkbox"/> 5 <input type="checkbox"/>																															
Bezeichnung des Vorhabens (Errichtung, Änderung, Nutzungsänderung gemäß § 60 BauO NRW 2018) Errichtung eines Schulgebäudes in Holzbauweise																															
Das Bauvorhaben bedarf einer <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <div> <input type="checkbox"/> Ausnahme (§ 31 Absatz 1 BauGB) <input type="checkbox"/> Befreiung (§ 31 Absatz 2 BauGB) <input type="checkbox"/> Abweichung (§ 69 BauO NRW 2018) </div> </div>																															
Hinweis: Die Begründung ist separat als Anlage beizufügen.																															
Bei Vorbescheid (§ 77 BauO NRW 2018) planungsrechtliche Zulässigkeit <input type="checkbox"/> bauordnungsrechtliche Zulässigkeit <input type="checkbox"/>																															
Fragestellung:																															
<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 35%;">Bindungen zur Beurteilung des Vorhabens</th> <th style="width: 20%;">Bescheid vom</th> <th style="width: 20%;">erteilt von (Behörde)</th> <th style="width: 25%;">Aktenzeichen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td><input type="checkbox"/> Vorbescheid</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Teilungsgenehmigung</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Befreiungs-/Abweichungsbescheid</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Baulast Nr.</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/> Denkmalrechtliche Erlaubnis</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td><input type="checkbox"/></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>				Bindungen zur Beurteilung des Vorhabens	Bescheid vom	erteilt von (Behörde)	Aktenzeichen	<input type="checkbox"/> Vorbescheid				<input type="checkbox"/> Teilungsgenehmigung				<input type="checkbox"/> Befreiungs-/Abweichungsbescheid				<input type="checkbox"/> Baulast Nr.				<input type="checkbox"/> Denkmalrechtliche Erlaubnis				<input type="checkbox"/>			
Bindungen zur Beurteilung des Vorhabens	Bescheid vom	erteilt von (Behörde)	Aktenzeichen																												
<input type="checkbox"/> Vorbescheid																															
<input type="checkbox"/> Teilungsgenehmigung																															
<input type="checkbox"/> Befreiungs-/Abweichungsbescheid																															
<input type="checkbox"/> Baulast Nr.																															
<input type="checkbox"/> Denkmalrechtliche Erlaubnis																															
<input type="checkbox"/>																															

Fortsetzung Blatt 2

Die erforderlichen Bauvorlagen sind beigelegt:

(Einem Antrag auf Vorbescheid sind nur die für die Klärung der Fragestellung erforderlichen Unterlagen beizufügen.)

1. ☒ 3-fach Lageplan/amtlicher Lageplan (§ 3 BauPrüfVO; Anforderungen an Planersteller/in sind zu beachten) *wird nachgereicht*
2. ☐ 3-fach Berechnung des Maßes der baulichen Nutzung (§ 3 Absatz 2 BauPrüfVO)
(nur im Bereich eines Bebauungsplanes oder einer Satzung nach BauGB)
3. ☐ 3-fach Beglaubigter Auszug aus der Flurkarte
(nur bei Vorhaben nach den §§ 34 oder 35 des Baugesetzbuches; Auszug nicht erforderlich bei Vorlage eines amtlichen Lageplanes)
4. ☐ 3-fach Auszug aus der amtlichen Basiskarte 1 : 5 000
(nur bei Vorhaben nach den §§ 34 oder 35 des Baugesetzbuches)
5. ☒ 3-fach Bauzeichnungen (§§ 4 und 12 BauPrüfVO)
6. ☒ 3-fach Baubeschreibung auf amtlichem Vordruck (§ 5 Absatz 1 BauPrüfVO)
7. ☒ 3-fach Brandschutzkonzept (§ 9 BauPrüfVO i.V.m. § 54 Absatz 3 BauO NRW 2018)
8. ☐ 3-fach Betriebsbeschreibung für gewerbliche oder landwirtschaftliche Betriebe auf amtlichem Vordruck (§ 5 Absatz 2 oder 3 BauPrüfVO)
- 9.1 ☒ 2-fach bei Gebäuden: Berechnung des umbauten Raumes nach DIN 277 (§ 6 Nummer 1 BauPrüfVO) oder
- 9.2 ☐ 2-fach Bei Gebäuden, für die landesdurchschnittliche Rohbauwerte je m³ Bruttorauminhalt nicht festgelegt sind, die Berechnung der Rohbaukosten einschließlich Umsatzsteuer (§ 6 Nummer 1 BauPrüfVO) oder
- 9.3 ☐ bei der Änderung von Gebäuden oder bei baulichen Anlagen, die nicht Gebäude sind: Herstellungssumme einschließlich Umsatzsteuer gemäß Tarifstelle 2.1.3 AVerwGebO NRW

980 000 €

Spätestens mit Anzeige des Baubeginns werden gemäß § 68 Absatz 1 und 2 BauO NRW 2018 eingereicht:

- 10.1 ☒ 2-fach Bescheinigung zusammen mit dem Nachweis des Schallschutzes, soweit erforderlich aufgestellt oder geprüft durch eine/einen staatlich anerkannte/n Sachverständige/n
 - ☒ 2-fach Bescheinigung zusammen mit dem Nachweis des Wärmeschutzes, soweit erforderlich aufgestellt oder geprüft durch eine/einen staatlich anerkannte/n Sachverständige/n
 - ☒ 2-fach Bescheinigung zusammen mit dem Nachweis der Standsicherheit, soweit erforderlich geprüft durch eine/einen staatlich anerkannte/n Sachverständige/n
- 10.2 Abweichend von Nr. 10.1 wird – soweit erforderlich – eine Prüfung durch die Bauaufsichtsbehörde beantragt für:
- ☐ den Nachweis des Schallschutzes
 - ☐ den Nachweis des Wärmeschutzes
 - ☐ den Nachweis der Standsicherheit

11. ☒ Erhebungsbogen für die Baustatistik gemäß Hochbaustatistikgesetz

12. ☐ Angaben zum Artenschutz gemäß § 44 BNatSchG

Ort, Datum

Mülheim an der Ruhr, 14.06.2019

Ort, Datum

Mülheim an der Ruhr, 14.06.2019

Für die Bauherrschaft:

Stadt Mülheim an der Ruhr
Der Oberbürgermeister
ImmobilienService
Hans-Böckler-Platz 5
45468 Mülheim an der Ruhr

Unterschrift

[Signature]
Dimitriadis

Die/Der bauvorlageberechtigte Entwurfsverfassende:

[Signature]

Unterschrift



Bauherr:

Stadt Mülheim an der Ruhr
Amt 26 - Immobilienservice

Bauvorhaben:

Errichtung eines Schulgebäudes in Holzbauweise

Baugrundstück:

Boverstraße 150

Berechnung der Netto-Raumfläche nach DIN 277 Teil 1

Klassenraum 1	8,51 m x 9,62 m	81,87 m ²	NF
Klassenraum 2	8,62 m x 7,495 m	64,61 m ²	NF
Klassenraum 3	8,62 m x 7,495 m	64,61 m ²	NF
Klassenraum 4	8,51 m x 7,495 m	63,78 m ²	NF
Klassenraum 5	8,51 m x 9,62 m	81,87 m ²	NF
Flur	37,455 m x 2,00 m 4,895 m x 1,50 m	82,26 m ²	VF
Behinderten WC	4,15 m x 2,60 m	10,79 m ²	NF
Technikraum	2,525 m x 3,145 m	7,94 m ²	TF
Putzmittelraum	2,525 m x 1,50 m	3,79 m ²	NF
Damen WC	3,185 m x 7,495 m	23,87 m ²	NF
Herren WC	3,185 m x 7,495 m	23,87 m ²	NF
Netto-Raumfläche gesamt		509,26 m²	
Nutzfläche gesamt		419,06 m²	

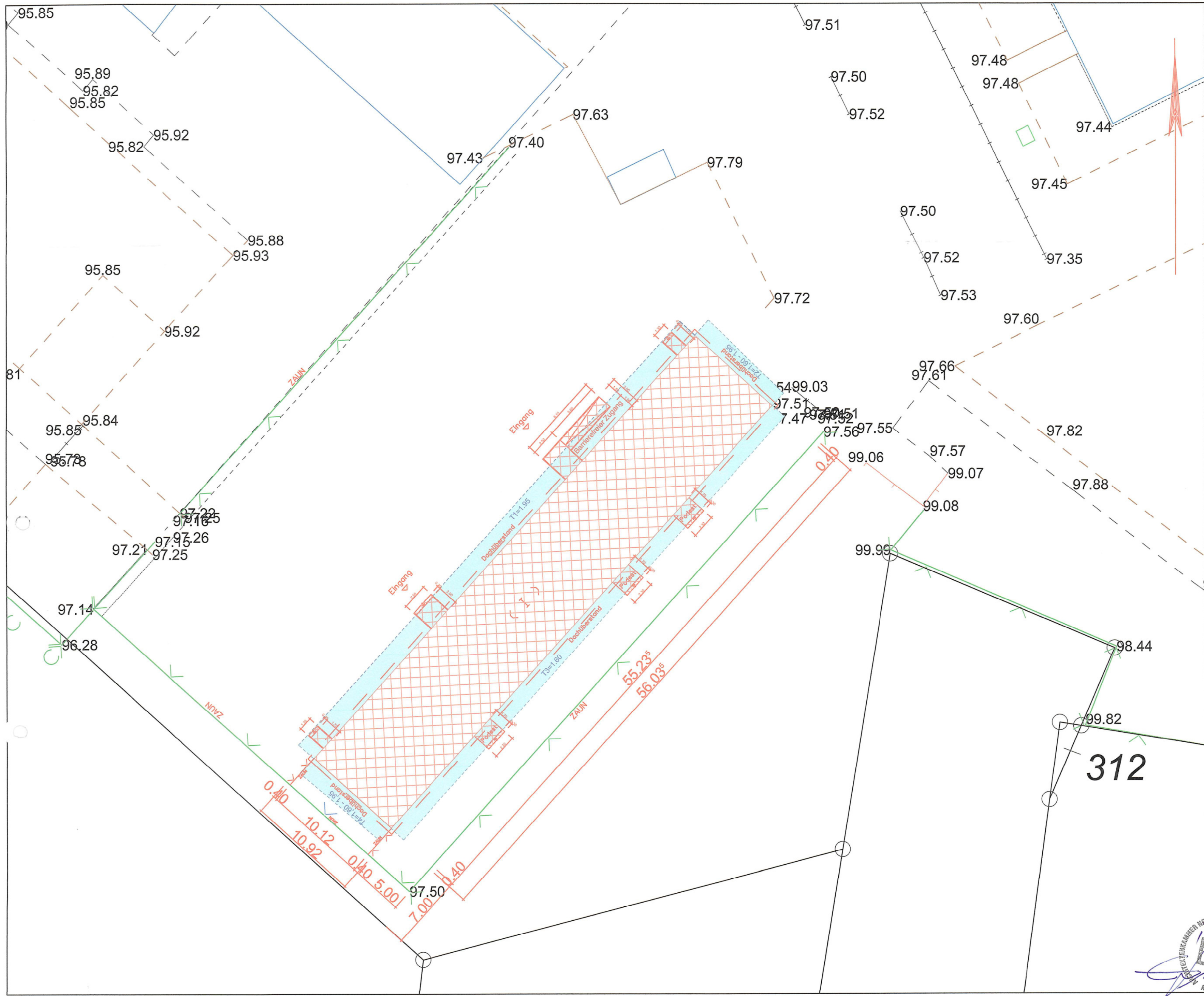
Berechnung der Brutto-Grundfläche nach DIN 277 Teil 1

Erdgeschoss BGF	10,12 m x 55,235 m	558,98 m²
------------------------	--------------------	-----------------------------

Berechnung des Brutto-Rauminhalts nach DIN 277 Teil 1

für das gesamte Bauwerk

Grundrissebene (Geschoss)	BGF	Höhe	BRI
Erdgeschoss	558,98 m ²	4,32 m	2414,79 m ³
Gesamtes Bauwerk		BRI	2414,79 m³



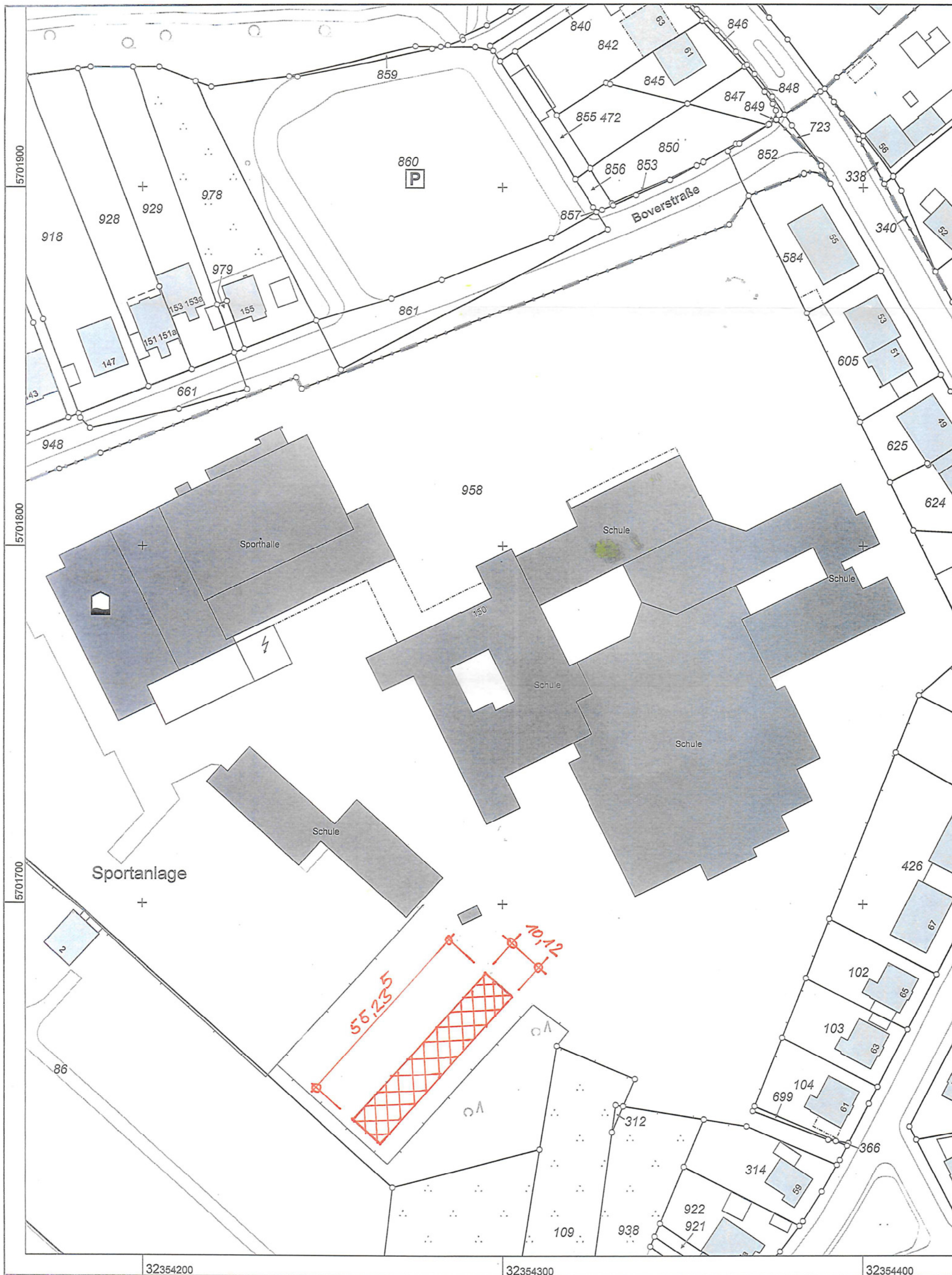
RFNP: Fl. f.d. Gemeinbedarf
- Bildung

Einwirkungsbereich
des Bergbaues E.ON

312

Gustav - Heinemann - Schule Boverstr. 150		Mst. 1:250
VORLÄUFIGER LAGEPLAN		Datum 13.06.2019
Errichtung eines Schulgebäudes in Holzbauweise		Plan_Nr. 2
Gemarkung Mülheim		Flur 14
		Flurstück 958
		Gezeichnet: Kos.
		Blatt - Gr. A2

Stadt Mülheim an der Ruhr
Der Oberbürgermeister
ImmobilienService
Hans-Böckler-Platz 5
45468 Mülheim an der Ruhr
Tel.: 0208 / 455 - 2300
Fax.: 0208 / 455 - 582300
Email: is@muelheim-ruhr.de



**Stadt Mülheim an der Ruhr
Katasteramt**

Hans-Böckler-Platz 5
45468 Mülheim an der Ruhr

Maßstab 1 : 1000

10 20 30 40 50 Meter

© Stadt Mülheim an der Ruhr

**Auszug aus dem
Liegenschaftskataster**
Flurkarte NRW 1 : 1000

Flurstück: 958
Flur: 14

Gemarkung: Mülheim
Boverstraße 150 u.a., Mülheim an der Ruhr

Erstellt: 02.05.2019
Zeichen: EI 510/19